

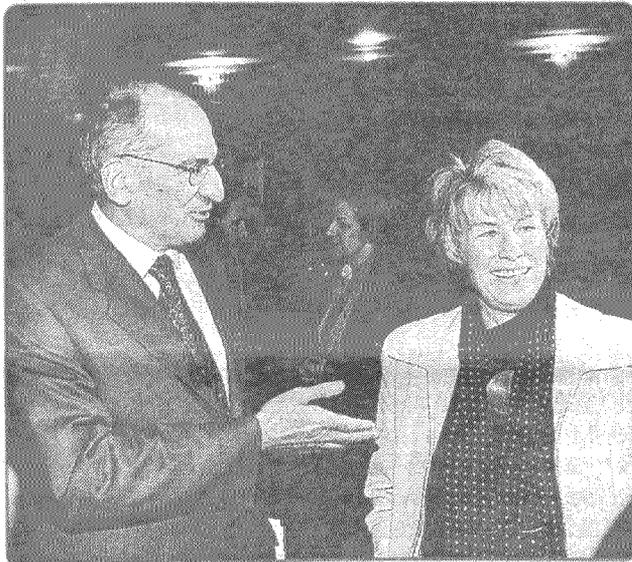
Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

BERN  FDP-Delegiertenversammlung

Ja zu einem gesunden Staat

Die FDP Schweiz hat an ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung vom 17./18. April 1998 die Ja-Parole zum Haushaltsziel 2001 und die Nein-Parole zur Initiative «Schweiz ohne Schnüffelstaat» beschlossen. Regierungsrätin Marianne Kleiner (AR) wurde zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz, Sibylle Burger-Bono als Mitglied der Geschäftsleitung gewählt. Im weiteren wurde ein Thesenpapier zur Sozial- und Finanzpolitik verabschiedet.



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin reicht eine Frage an die frischgebackene FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner weiter. (Photo ruti)

sche Fragen mussten sich die SP-Vertreter vor allem bezüglich der widersprüchlichen Haltung zur Sanierung der Bundesfinanzen (Ja zum Konsens am runden Tisch, aber Nein zum Haushaltsziel) gefallen lassen.

Marianne Kleiner neue FDP-Vizepräsidentin

Die Ausserrhoder Regierungsrätin und Frau Landammann Marianne Kleiner wurde einstimmig in die Geschäftsleitung und als Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Sie löst Ständerätin Vreni Spoerry ab. Die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Sibylle Burger-Bono, wurde in die Geschäftsleitung als Nach-

folgerin von Franziska Frey-Wettstein gewählt. FDP-Präsident Franz Steiner dankte den Zurücktretenden für die geleistete Arbeit. Der neue FDP-Bundesrat Pascal Couchepin gab in seiner ersten Rede als Bundesrat vor der FDP-Delegiertenversammlung einen breiten Überblick über die anstehenden Probleme seines Departements und äusserte sich zur Integrationspolitik.

Delegiertenrat: Nein zur «S.o.S.-Initiative»

Der Delegiertenrat beschloss am Vortag nach einer kotradiktorischen Diskussion der Nationalräte Luzi Stamm (FDP) und

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Das Thesenpapier der FDP zur Bio- und Gentechnologie auf Seite **7**
- Ein Interview mit Bundesrat Kaspar Villiger zum Haushaltsziel 2001 ab Seite **10**
- Einen Beitrag zur Position der FDP in der Integrationspolitik auf Seite **14**
- Ein Interview der FDP-Frauen mit der neuen FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner auf Seite **16**



Paul Rechsteiner (SP) einstimmig die Nein-Parole zur Initiative «Schweiz ohne Schnüffelstaat». Die Initiative gefährdet im Falle einer Annahme die innere Sicherheit der Schweiz. Zur Genverbots-Initiative hatten die FDP-Delegierten bereits an der Januar-Versammlung in Zürich die Nein-Parole gefasst.

Sozial- und Finanzpolitik diskutiert

In Workshops hatten die FDP-Delegierten Gelegenheit, Thesen zur Sozial- und Finanzpolitik zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden gemeinsam mit dem Thesenpapier zur Sozial- und Finanzpolitik am Samstag präsentiert.

Parolen der FDP Schweiz

für die eidgenössische Abstimmung vom 7. Juni 1998:

- JA** zum Haushaltsziel 2001
- NEIN** zur Genverbots-Initiative
- NEIN** zur S.o.S.-Initiative

FRANZ GEORG MAIER
DIR. SCHW. LANDESEIBE.
HALLMYLSTRASSE 15
3003 BERN
226

MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG ◊ *Als ungedeckter Check?*

Vogel-Strauss-Politik

Nach langem Ringen um die Dringlichkeit der Mutterschaftsversicherung einerseits und ihrer Finanzierung andererseits glaubt die Mehrheit der vorberatenden Ständeratskommission das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Die Mutterschaftsversicherung soll rasch eingeführt werden. Finanziert wird sie zunächst während etwa vier Jahren aus den gut dotierten Reserven der Erwerbersatzordnung. Erst wenn diese Quelle versiegt, soll anschliessend in einem Gesamtfinanzierungspaket für die generell defizitären Sozialversicherungen ein zusätzliches Viertel Mehrwertsteuer-Prozent für die Mutterschaftsversicherung verlangt werden. Sollte dazumal dieser Zusatz verweigert werden, müsste auf Lohnpromille zurückgegriffen werden. Damit bleiben zwar die Fragen offen, aber: Hauptsache, die Versicherung ist eingeführt! Rückgängig gemacht wird sie sicher nicht. So einfach ist das!

FDP-STÄNDERÄTIN
VRENI SPOERRY,
HORGEN (ZH)

Doch werfen wir zunächst einen Blick zurück: Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Schweiz ein

solides Netz von sozialer Sicherheit aufgebaut. Alle Versuche jedoch, gemäss Verfassungsauftrag eine Mutterschaftsversicherung einzurichten, blieben erfolglos. Zuletzt wurde 1987 eine im Parlament breit abgestützte und über Lohnpromille finanzierte Versicherung für alle Mütter massiv verworfen.

Milliardendefizite türmen sich auf

Heute türmen sich überall Milliardendefizite auf. Allein, um das erreichte Niveau der Sozialversicherungen zu gewährleisten, benötigen wir bis zum Jahre 2010 zusätzliche Mittel von 15 Milliarden Franken. Und selbst wenn gewisse Korrekturen erfolgen sollten, scheinen weitere 9 Milliarden Einnahmen unausweichlich.

In dieser Situation hat die FDP deutlich gemacht, dass die Einführung einer Mutterschaftsversicherung jetzt nicht Priorität haben kann, sondern dass zunächst ein Gesamtkonzept zur Sicherung des gesamten Sozialbereichs zu erarbeiten und zu bewilligen sei. Der Bundesrat und die Mehrheit der vorberatenden Ständeratskommission sehen dies anders.

Zuerst konsumieren, dann bezahlen?

Die Mutterschaftsversicherung soll vorgezogen eingeführt werden. Der Bundesrat schlug in seinem diesbezüglichen Antrag vor, die Lohnfortzahlung über zwei zusätzliche Lohnpromille zu finanzieren und die rund 50 Millionen Franken für die jährliche Grundleistung an die nicht erwerbstätigen Mütter mit einem bescheidenen Familieneinkommen der (leeren) Bundeskasse zu entnehmen. Dieser Vorschlag kann zwar wegen der Erhöhung der Lohnnebenkosten und der weiteren nicht finanzierten Belastung der Bundeskasse nicht befriedigen. Er macht aber wenigstens deutlich, dass zusätzliche Leistungen auch zusätzliche Mittel erfordern und diese im wesentlichen gleichzeitig zu bewilligen sind.

In der vorberatenden Ständeratskommission hat nun aber ein anderes Konzept obsiegt. Danach wird die Versicherung eingeführt. Kurzfristig greift man auf Reserven eines anderen Versicherungszweiges zurück. Die nachhaltige Finanzierung soll später folgen. Ob man diese Gelder dann auch tatsächlich bewilligt erhält, ob ein Mehr-



FDP-Ständerätin Vreni Spoerry: «Die Versicherung darf nur operativ werden, wenn die erforderlichen Mittel zuverlässig gesichert sind.»

wertsteuerzusatz akzeptiert wird oder ob dann doch zusätzliche Lohnpromille erhoben werden müssen und ob dies toleriert werden wird, bleibt offen. Als sicher wird nur vorausgesetzt, dass eine einmal operative Versicherung ihre Leistungen auch dann ausrichten wird, wenn sie als ungedeckter Check eingeführt worden ist.

Keine Vogel-Strauss-Politik

Eine Kommissionsminderheit lehnt diese Vogel-Strauss-Politik entschieden ab. Für uns steht fest, dass eine vorgezogene Vorlage an das Volk die folgenden Bedingungen erfüllen muss: Neue Leistungen und deren Finanzierung sind ein Ganzes. Entweder man präsentiert beides in einem späteren Gesamtpaket oder – wenn die Mehrheit den Aufschub nicht akzeptieren will – die definitive Finanzierung gehört auch in die vorgezogene Vorlage. Die

Versicherung darf nur operativ werden, wenn die erforderlichen Mittel zuverlässig gesichert sind. Des weitern soll die langfristige Finanzierung über die Mehrwertsteuer erfolgen. Dies ist aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen wichtig, aber auch, weil die Grundleistungen an die nicht erwerbstätigen Mütter keine Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern allein sein kann.

Was macht der Bundesrat?

Eine heikle Frage bleibt die definitive Stellungnahme des Bundesrates. Dieser demonstriert am 7. Juni mit der Verfassungsvorlage über das Haushaltsziel 2001 seine Entschlossenheit, den Bundeshaushalt nachhaltig zu sanieren. Wird er im gleichen Zeitpunkt den ungedeckten Check der Kommissionsmehrheit auf die Zukunft mitverantworten? Man darf gespannt sein. ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

IM GESPRÄCH  Stefan Nünlist, Olten

«Angst ist schlechter Ratgeber»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Ich habe eine ziemlich optimistische Lebenseinstellung und versuche, den verschiedenen Lebenssituationen das Beste abzugewinnen.

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Dass die Globalisierung und der fortschreitende wirtschaftliche Wettbewerb tatsächlich mehr Wohlstand für möglichst viele Menschen schaffen. Dauerhafter wirtschaftlicher Aufschwung bedingt stabile politische Verhältnisse, wie sie nur demokratische Staatssysteme gewährleisten können.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Passive Menschen, die Bestehendes als garantiert erachten und Veränderungen

indifferent ablehnend gegenüberstehen.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die Schweiz verfügt über eine hervorragende Lebensqualität, liebenswerte Menschen und landschaftliche Vielfalt. Zudem besitzt unser Land eine tolle politische Kultur. In der Region Olten, wo ich mit meiner Familie lebe, fühle ich mich sehr stark verwurzelt. Dieses heimatliche Gefühl empfinde ich übrigens nicht nur in Solothurn, Aarau oder Basel, sondern auch im Badischen oder im Elsass.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Risikobereitschaft, der Mut zu eigenständigen Lösungen und selbstverantwortliches Handeln hat der Schweiz politische Unabhängigkeit und Wohlstand gebracht. Diese Eigen-



Stefan Nünlist, Präsident der FdP Olten.

schaften und das Vertrauen, die Zukunft aktiv aus eigener Kraft zu meistern, sind leider vielen Menschen in unserem Land abhanden gekommen. Je länger, je mehr wird das Denken und Handeln durch Angst bestimmt. Mutlosigkeit und Angst scheinen mir jedoch ausgesprochen schlechte Ratgeber, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Auf Grund des technologischen Fortschritts und der politischen Veränderungen werden die Staaten und damit auch die Menschen Europas künftig noch näher zusammenrücken und anstehende Probleme vermehrt gemeinsam zu lösen versuchen. Die Abkommen von Schengen und Dublin sowie die Einführung des Euro werden den von der EU ausgehenden Integrationsprozess auf die europäischen Staaten, die der EU nicht angehören, zunehmend verstärken.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORT-

SCHRITT IST NUR ÜBER MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Neue Ideen müssen zuerst von Minderheiten propagiert werden, da den meisten Menschen Veränderungen schwerfallen. Ein eher langsamer und träger Prozess der politischen Entscheidungsfindung besitzt den Vorteil, vor unüberlegtem Handeln zu bewahren. Das Schweizer Volk hat immer wieder bewiesen, dass es tatsächlichem Fortschritt positiv gegenübersteht.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Als einzige politische Kraft in unserem Land stellt die FDP nicht eine abstrakte politische Idee oder ein Dogma in das Zentrum ihres Denkens und Handelns, sondern die Freiheit des Menschen, seine Selbstverantwortung und seine Entfaltung. Die Freiheit, sein Leben zu gestalten, Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können, erachte ich als wichtigstes Recht, das sich die Menschen im Verlaufe ihrer Geschichte erkämpft haben.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Die Stärken der FDP sind ihr philosophisches Gedankengut und die Qualität ihrer Mitglieder. Weiter erachte ich die FDP als sehr gut geführt.

Schwächen sind das uns abhanden gekommene Engagement, der Mut zum Kampf und die Fähigkeit, jüngere Menschen für unser

Gedankengut zu begeistern. Obwohl die Selbstverantwortung im Zentrum unseres politischen Denkens steht, lassen wir eine stete Erhöhung der Staatsquote und damit zusätzliche Umverteilungen und vermehrte Delegation von Verantwortung und Aufgaben an den Staat zu. Ich wünsche mir eine kämpferischere FDP, die mit mehr Vehemenz für die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler eintritt.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Eine zutreffende Antwort erhalten Sie dazu wohl von meiner Familie und meinen Arbeitskolleginnen und -kollegen.

Meine Stärke und meine Schwäche sind fast identisch: Ich erkenne relativ rasch die grossen Linien eines Problems und mögliche Lösungsansätze. Dabei fehlt es mir aber oft an der notwendigen Akribie und Energie, mich mit den entscheidenden Details auseinanderzusetzen.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Meine Frau und ich sind passionierte Kinobesucher. Olten verfügt über 5 Kinos und damit über ein hervorragendes Filmangebot. Den letzten Film, den ich mir im Kino angeschaut und genossen habe, war «Des Teufels Advokat».

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERN KENNENLERNEN UND WARUM?

Den Zürcher Krawattenkönig Andy Stutz. Erstens liebe ich seine Krawatten, und zweitens bewundere ich ihn als kreativen, pffiffigen Unternehmer. ■

ZUR PERSON:

Fürsprech und Notar, verheiratet, Vater eines fünfjährigen Sohnes, wohnhaft in Olten

ALTER: 37 Jahre

BERUFLICHE STATIONEN: 1989–1991 Fürsprech und Notar in Olten. 1991–1993 Ausbildung zum Diplomaten mit Einsätzen in Bern, Pretoria und Genf. 1994–1995 diplomatischer Mitarbeiter der ständigen Mission bei der Uno in Genf. 1996/1997 Stellvertretender Chef der Sektion Uno/IO des EDA, ab Juni 1997 persönlicher Mitarbeiter des Chefs EVD, ab 1. 8. 1998 Chef Öffentlichkeitsarbeit und Energiepolitik der Aare-Tessin AG für Elektrizität.

POLITISCHER WERDEGANG: Mitglied der Legislative der Stadt Olten (Gemeinderat). Präsident der FdP der Stadt Olten.

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Ausgiebige Zeitungslektüre.

Der arme Mann aus dem Toggenburg

In ärmlichen und streng religiösen Verhältnissen aufgewachsen, bricht der Bauernsohn Ulrich Bräker (1735–1798) aus seiner heimatlichen Enge nach Berlin aus, um dort die harte Ausbildung zu einem preussischen Soldaten anzutreten. Unter dem Schock der ersten Erlebnisse im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) ergreift er auf einem Feldzug Friedrichs II. in Schlessien die Flucht.

Zurück im Toggenburg, entwickelt der unglücklich verheiratete Kleinbauer und Garnhausierer immer mehr seine Liebe zu Büchern und seine Schreiblust. Sein aufklärerisches Denken entfremdet ihn zusehends von seiner Umgebung und treibt ihn in eine schmerzhaft Isolation.

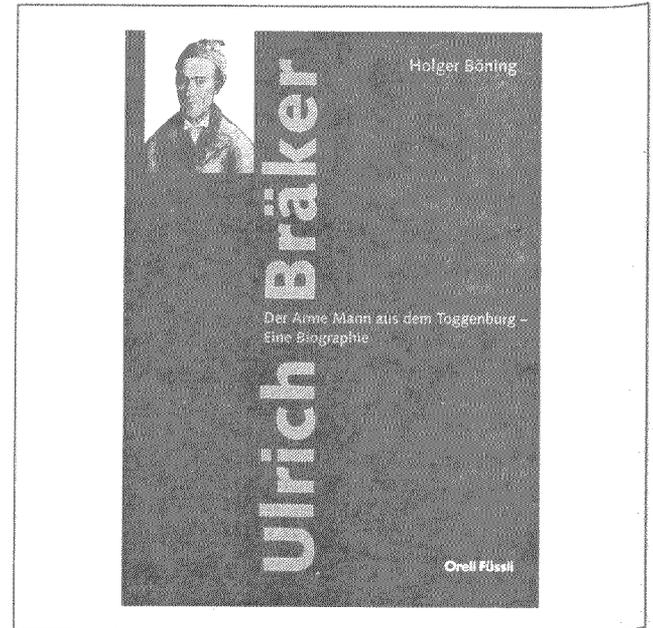
Anders als etwa Jeremias Gotthelf schlüpfte Ulrich Bräker weder in die Rolle des gestaltenden Erzählers noch in die des moralisierenden Predigers. Naturfrische Ursprünglichkeit ist genauso charakteristisch für seinen Schreibstil wie sein Talent, Erlebtes ganz unmittelbar und lebensnah darzustellen. Zeitlebens als Sonderling gemieden, wurde Bräkers literarische Bedeutung erst im 20. Jahrhundert – vor allem durch Hugo von Hofmannsthal – erkannt.

Die enorme gesellschaftskritische Relevanz der Werke Bräkers und dessen einzigartige Stellung in der deutschen Literatur wurzeln in der unerbittlichen und ungemein ehrlichen Art, alltägliche Inhalte zu

schildern. Bräkers Freude am Formulieren seiner Gedanken, in denen er nicht zuletzt auch seine Persönlichkeit entwickelte, tritt nur allzu deutlich zutage, wenn er in seinen letzten Wochen erkennen musste, dass ihm das Schreibvergnügen immer mehr abhanden ging:

«Aber ach die Hand ist schwach und langsam und kann den Gedanken nicht nachschreiben – und auch die stumpfen sich nach und nach ab: so wie die Lebensgeister nach und nach in allen Gliedern in allen Nerven abstumpfen bis sie sich auf den Hauptgeist verlieren – und dieser sich zuletzt auch in den unendlichen Revieren verliert –. (Tagebuch vom 6. 8. 1798.)

Einfühlsam und profund erzählt der Autor Holger



Böning, Privatdozent und Historiker an der Universität Bremen, auf zeitgeschichtlichem Hintergrund vom Leben und Werk dieser Persönlichkeit aus der sozialen Unterschicht im Ancien Régime der Schweiz.

Zum Autor: Holger Böning ist Privatdozent und Historiker an der Universität Bremen. Er hat zahlreiche Bücher zur deutschen

und schweizerischen Geschichte, Presse und Literatur verfasst. Sein Hauptinteresse gilt dem Jahrhundert der Aufklärung und den Auswirkungen der Französischen Revolution im deutschen Sprachraum.

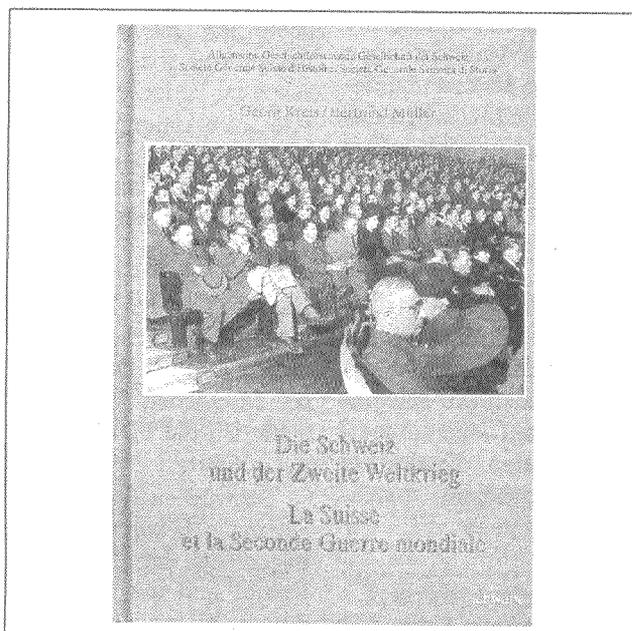
Holger Böning: Ulrich Bräker. Leben und Werk des armen Mannes aus dem Toggenburg. Orell-Füssli-Verlag, Zürich 1998. 260 Seiten, gebunden. Fr./DM 49.–/6S 358.–. ISBN 3 28002455 2.

«Vier Debatten und wenig Dissens»

Professor Georg Kreis zur Sonderausgabe der schweizerischen Zeitschrift für Geschichte:

Wollen wir die seit 1945 geführten Diskussionen über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg etwas ordnen, können wir insgesamt vielleicht vier Grundtypen von Debatten unterscheiden: Grundtypen, die allerdings oft kombiniert geführt wurden und sich zwangsläufig vermischten. Es sind dies die Verräterdebatte, die Neutralitätsdebatte, die Armeedebatte und die Flüchtlings- und Antisemitismusdebatte. Diese Debatten sind im Grund alles Bewährungsdebatten. Das heisst: Sie gelten der zentralen Frage, ob die Schweiz – einzelne Personen, Gruppen oder die Gesellschaft insge-

samt – den Anforderungen genüge, die sich aus der historischen Situation (dem Selbsterhaltungs- und Verteidigungsauftrag) und aus den selbstgewählten Idealen (Demokratie, Neutralität, Humanität bzw. Solidarität) ergaben. Wir können uns vorstellen, dass diese Teil-



debatten einen gesetzten Rahmen und ein vorgegebenes Terrain in Form eines vorherrschenden Konsenses als Ausgangspunkt hatten und dieser Konsens grosso modo dem einigermaßen homogenen Selbstverständnis der sogenannten Aktivdienstgeneration entsprach. Dies, obwohl inzwischen nicht unbegründete Zweifel an dieser Homogenität aufkommen könnten und die innerhalb der Grundhaltung des nationalen Schulterschlusses bis zu einem gewissen Grad sicher bestehenden Differenzen von der Forschung noch deutlicher identifiziert werden müssten.

Für die Ausgangslage des Diskurses zu den Kriegsjahren stehen zwei kleine, von Journalisten verfasste Schriften: 1949, zehn Jahre nach Kriegsausbruch, legte Peter Dürren-

matt, der im gleichen Jahr Chefredaktor der liberalen «Basler Nachrichten» wurde, explizit aus der Perspektive eines Zeitgenossen eine allgemeine Darstellung für «die junge Generation, die manches nur noch vom Hörensagen kennt», vor. Die zweite Schrift stammt von Pierre Béguin, Chefredaktor der liberalen «Gazette de Lausanne». Sie erschien 1951 im Kontext des Koreakrieges und wollte in einer Zeit, da die Schweiz schon bald ähnlichen Problemen wie während des vergangenen Krieges ausgesetzt sein könnte, die Gründe der Bewährung, aber auch die damals drohenden Schwächen aufzeigen.

Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. Georg Kreis / Bertrand Müller (Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz). Basel 1997. Schwabe & Co. AG. ISBN 3-7965-1075-2.

ORDENTLICHE DV BERN 17./18. APRIL 1998 ◉ Rede des Parteipräsidenten

Ideen für die Zukunft

Der «Freisinn» veröffentlicht hier die Eröffnungsansprache von Nationalrat Franz Steinegger, Präsident FDP Schweiz, Flüelen (UR).

Wir feiern dieses Jahr das Jubiläum der helvetischen Revolution von 1798. Wir feiern das Jubiläum der Verfassung vom 12. 9. 1848, welche den neuen Bundesstaat aus der Taufe gehoben hat.

Die liberale Bewegung hat bei beiden Ereignissen die massgebende Rolle gespielt. Der Bundesstaat von 1848 ist stark eine Schöpfung der Freisinnigen oder Radikalen.

In den vergangenen 150 Jahren ist die Eidgenossenschaft von einem armen und rückständigen Land zu einem Land geworden, das heute in bezug auf Wohlfahrt eine Spitzenstellung einnimmt.

Revolutionäre Umbruchphase

Wie im 19. Jahrhundert befinden wir uns heute erneut in einer geradezu revolutionären Umbruchphase.

Die für den Ost-West-Konflikt massgebenden Kulis- sen sind verschwunden. Daraus ergeben sich nicht nur Konsequenzen für die Machtpolitik, sondern auch für das Verständnis von Individuum und Gesellschaft.

Das wirtschaftliche Erdbeben der ökonomischen Globalisierung kann weder weggewählt noch weggere- det werden.

In der Schweiz haben wir seit 1990 mehr oder weniger wirtschaftlichen Stillstand mit fast 200 000 Arbeitslosen.

Der Zustand der Bundesfinanzen und die Aussichten

für die Sozialwerke zeigen, dass wir uns übernommen haben beziehungsweise im Begriffe sind, uns zu überfordern.

Wenn sich die Verhältnisse ändern oder wenn die bisherigen Handlungsweisen statt Erfolg immer mehr Probleme schaffen, muss man sich neu orientieren, man braucht Veränderun-

ser Land zu erneuern, müssen wir kühn sein:

■ Wir müssen diese Erneuerung selbst in Angriff nehmen. Es gibt keine Erlösung beispielsweise durch die europäische Integration. Dies wäre eine Pervertierung des Integrationsgedankens. Die Erneuerung kann nicht verordnet werden. Wir müssen diese Ar-

Natürlich ist der Gegensatz zwischen «Rechts» und «Links» nicht ganz erledigt. Er spielt weiterhin eine gewisse Rolle, vor allem wegen der Verteilungskonflikte. Aber in vielen Fällen stellen sich heute nicht mehr Fragen auf dieser etwas verstaubten Schiene. Vielmehr müssen diese Etiketten durch die Worte «falsch» oder «richtig», durch die Worte «Beharrung» und «Stillstand» einerseits sowie «Modernisierung» und «Erneuerung» andererseits ersetzt werden.

Steuer herumreissen

Wir brauchen mutige Reformen und Erneuerung. Wir brauchen in einer rasend sich verändernden Welt Modernisierung.

Die politischen Kräfte in der Schweiz haben sehr unterschiedliche Antworten auf diese Herausforderung. Die Linke ist weitgehend einer Strategie des Status quo oder des Weiter-So verpflichtet.

Wir haben heute den höchsten Schuldenstand in der Eidgenossenschaft. Gleichzeitig ist die Belastung durch Steuern und Abgaben markant gewachsen. Trotzdem haben wir einen Höchststand an Arbeitslosen. Die Ära des Dahintreibens mit immer mehr Schulden und Steuern müsste deshalb vorüber sein. Offensichtlich kann die Lösung nicht im Weiter-so liegen. Wir müssen das Steuer herumreissen.

1960 bezifferte sich der Anteil soziale Wohlfahrt an den Gesamtausgaben auf 12%. 1995 beträgt dieser Anteil 25,8%. Zwischen 1990 und 1996 sind die Ausgaben für soziale Wohlfahrt, bei einer Steigerung



FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger verabschiedet im Berner Kursaal die zurücktretende Vizepräsidentin Ständerätin Vreni Spoerry...

gen. Eigentlich wissen wir alle, dass wir uns harten Wahrheiten stellen müssen, dass wir energische Schritte unternehmen müssen.

Wir stehen in einem harten Wettbewerb. Unsere internationale Konkurrenzfähigkeit ist die Grundlage für unseren Wohlstand, für öffentliche und soziale Sicherheit. Wenn wir diese Konkurrenzfähigkeit erhalten wollen, wenn wir uns den neuen Herausforderungen stellen wollen, dann brauchen wir Erneuerung.

Mut zur Selbsterneuerung

Wir brauchen den Mut zur Selbsterneuerung. Um un-

beit selbst in Angriff nehmen. Es geht um Selbsterneuerung.

■ Wir müssen in die Zukunft, in die Jugend, in neue Arbeitsplätze, in eine moderne Infrastruktur investieren und gleichzeitig unsere massive Verschuldung abbauen.

■ Und wir müssen das in einer Welt tun, in der wir um jeden Vorteil, um jede Chance konkurrieren müssen.

Die entscheidende politische Frage ist, ob wir diesen Mut zur Erneuerung aufbringen oder ob wir dem Status quo, dem Stillstand, dem Weiter-so, sogar dem Blick zurück verpflichtet sind.

ZUM THEMA

In den vergangenen 150 Jahren ist die Eidgenossenschaft von einem armen und rückständigen Land zu einem Land geworden, das heute in bezug auf Wohlfahrt eine Spitzenstellung einnimmt.

Um unser Land zu erneuern, müssen wir kühn sein.

des BIP um 20%, der Geldmenge um 35% und der Bundesausgaben um 40%, um 75% gewachsen. Gleichzeitig sind wir mit Vorwürfen des Sozialabbaus konfrontiert.

Mit immer mehr Mitteln immer weniger Zufriedenheit

Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, was von einem System zu halten ist, das mit immer mehr Mitteln immer weniger Zufriedenheit schafft.

Im Bericht über die Finanzperspektiven der Sozialversicherungen (IDA FiSo 2) werden drei Szenarien untersucht. Das Szenario gezielter Ausbau oder das Weiter-so, das Szenario Status quo und das Szenario gezielte Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen. Man wird hier die politischen Kräfte des Status quo, des Weiter-so und der Modernisierung genau eruiieren können.

Für die künftige Wirtschaftsentwicklung kommt der Telekommunikation und der Gentechnologie die

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

FORTSETZUNG VON SEITE 5

entscheidende Bedeutung zu. Trotzdem will die Linke einer Volksinitiative zustimmen, welche die Gentechnologie aus der Schweiz vertreibt. Erstmals in unserer Geschichte diskutieren wir ein Technologieverbot, und die Linke unterstützt dieses Verbot. Dies ist nicht nur Status quo, dies ist sogar rückwärtsgerichtete Utopie.

Heute vermischt sich die Verteidigung des Status quo, die Strategie des Weiter-So, die Verhinderung

men, sozusagen eine Staatsreligion werden.

Die Verfassung von 1848 ist, um mit Karl Schmid zu sprechen, «nicht als Frucht vom Baum der Vergangenheit gepflückt», sondern als Idee für die Zukunft beschlossen worden. Für die Freisinnigen und Radikalen, welche 1848 diesen Staat geschaffen haben, war Staat und Wirtschaft, Freiheit und Wohlfahrt nicht ein Produkt eines nostalgischen Blicks nach rückwärts.

So wie unser Wohlstand eine Folge der Arbeitsamkeit des Volkes und der Aus-

Treibenlassen erschüttert das Vertrauen

So vermischen sich Sicherheits- und Innenpolitik zusehends. Wir stehen immer mehr vor der Alternative, entweder einen Beitrag sur place zu leisten oder die Auswirkungen ausländischer Konflikte, z.B. im Asylwesen, in unserem eigenen Land zu erdulden. Der Ruf nach der Grenzbesetzung ist dabei ein absurder Vorschlag. Es gibt politische Kräfte in der Schweiz, welche einen aktiven Beitrag der Schweiz bei der Eindämmung von Konflikten verweigern, um dann über die Auswirkungen in unserem Land in Form beispielsweise von Asylgesuchen zu jammern.

Wir dürfen uns deshalb nicht einfach dahintreiben lassen. Dieses Treibenlassen erschöpft unsere Ressourcen, zerrüttet die Wirtschaft und erschüttert das Vertrauen.

Dies bedeutet nicht eine Politik der Mitte. Mitte ist eine Stellung ohne bewusste Positionierung und ohne eigene Vorstellung über die Zukunft. Wenn man meint, die Wahrheit liege immer zwischen den Extremen, muss die eigene Position jedesmal verschoben werden, wenn an einem Flügel eine extreme Bewegung stattfindet.

Der Weg der Mitte ohne eigenes Ziel führt einfach dazu, dass man dem Zeitgeist von gestern hinterherläuft. Wir müssen und wollen deshalb unsere eigenen Ziele und Positionen erarbeiten.

Welche ist die Agenda einer freisinnigen Modernisierungspolitik?

Erste Aufgabe ist das Ziehen von Konsequenzen aus der Tatsache, dass wir auf Dauer nicht mehr verteilen können, als erwirtschaftet wird. Diese Feststellung ist zwar alt. Man sucht aber dieser Tatsache derart be-

harrlich auszuweichen, dass sie geradezu revolutionär modern ist. Die Umverteilung von der Gegenwart auf die Zukunft muss gestoppt werden. Weder die Jagd auf Sozialbetrüger, Asylanten und Schwarzarbeiter noch der Verweis auf die Gewinne der Unternehmungen und auf Vermögensmillionäre, die keine Steuern bezahlen, werden uns den Status quo beim Ausgeben retten.

Die Ausbeuter sind nicht nur Millionäre, die keine Steuern zahlen, es sind auch viele tüchtige, hoch organisierte Minoritäten, die stur auf ihre teilweise unbezahlbaren Privilegien pochen und sich allesamt als Opfer aufführen und nach zusätzlichen Leistungen rufen. Wir brauchen einen Stopp der Umverteilung von der Gegenwart auf die Zukunft.

Wir müssen uns zweitens mit einer intelligenten Wirtschaftspolitik auf das Zulassen von Arbeit in allen ihren Formen konzentrieren. Dazu gehört auch die Stützung des «Neuen-Selbständigen-Millieus» und die konsequente Deregulierung der Arbeit.

Wir brauchen insgesamt einen weiteren Liberalisierungsschub zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und nicht Vorschriften über die Arbeitszeit und weitere administrative Behinderungen für die KMU. Wir müssen Arbeit ermöglichen.

Dritte Aufgabe ist die langfristige soziale Absicherung, sind gesunde Sozialwerke. Die Sozialpolitik kann sich aber nicht mehr entlang ideologischen und idealistischen Zielvorgaben bewegen. Vielmehr muss versucht werden, die Kräfte der Gesellschaft und des Einzelnen wieder zu mobilisieren. Geldliche Umverteilung muss einer Philosophie der Förderung plus Forderung weichen.

ZUM THEMA

.....
Uns geht es heute verhältnismässig gut wegen unserer Arbeit, nicht dank den Treichlern und der Neutralität.

.....
Mitte ist eine Stellung ohne bewusste Positionierung und ohne eigene Vorstellung über die Zukunft.

Die Beschwörung des Generationenvertrages darf nicht zum Generationsbetrug führen. Wir wollen Leistungen nicht nur versprechen, sondern auch ausrichten. Wir brauchen deshalb Förderung plus Forderung in der Sozialpolitik.

Viertens braucht es neben der nationalen Sicherheitspolitik eine urbane Sicherheitspolitik, welche den legitimen Sicherheitsbedürfnissen der Bürger Rechnung trägt.

Fünftens brauchen wir eine konsequente ausserwirtschaftliche Integration.

Sechstens ist eine Bildungsoffensive notwendig.

Und schliesslich müssen wir unsere Infrastrukturen unterhalten, erneuern und sinnvoll ergänzen.

Erneuerung beginnen

Wir müssen den Stillstand, das Dahintreiben mit einem immer grösseren Schuldenberg beenden. Wir müssen die Erneuerung beginnen. Diese Erneuerung braucht Mut, braucht die Bereitschaft zu grossen Anstrengungen.

Als Freisinnige ist es unsere Aufgabe, diese Erneuerung im Geiste der Gründer dieses Bundesstaates gegen linke und rechte Konservative an die Hand zu nehmen.



... und Franziska Frey-Wettstein. Ihnen galt der Dank für die Mitarbeit in der Geschäftsleitung. (Photo rufi)

der Zukunft mit Ansätzen der sozialistischen Restauration. Dabei ist sozialistisches Weiter-So die Krankheit, für deren Medizin sie sich hält.

Wohlstand ist Folge der Arbeitsamkeit

Die Schweiz hat sich einige Male – nicht zuletzt 1933 – mit Zurückhaltung richtig verhalten. Wenn die Schweiz damals das mitgemacht hätte, was um uns herum Mode war, hätte dies in die Katastrophe geführt. Diese Zurückhaltung muss neben dem Wandel Bestandteil unserer Politik bleiben, sie darf aber nicht Monopolcharakter bekom-

gebung der Kader ist, waren sich die Freisinnigen von 1848 bewusst, dass alles aktiv erworben und geschaffen werden muss. Uns geht es heute verhältnismässig gut wegen unserer Arbeit, nicht dank den Treichlern und der Neutralität.

Neben der Sorgfalt für das Gewachsene brauchen wir auch Aufmerksamkeit für das, was in dieser Welt vor sich geht. In wichtigen Bereichen, z.B. in der Sicherheits- und Sozialpolitik, können wir nicht nur traditionsgemäss handeln, wir müssen auch zeitgemäss agieren. Dies bedeutet Mut zur Erneuerung.

FDP SCHWEIZ ◊ Thesenpapier zur Bio- und Gentechnologie

Denken und Forschen verbieten? Nicht mit uns

Die FDP veröffentlicht zur Abstimmung vom 7. Juni 1998 über die Genverbots-Initiative ein Thesenpapier. Der «Freisinn» stellt es hier leicht gekürzt zur Diskussion.

7 Kernaussagen der FDP zu Bio- und Gentechnologie

1. Zum erstenmal in der Geschichte ist es durch die Erkenntnisse in der Gentechnologie möglich, gezielt in das Leben von Menschen, Tieren, Pflanzen einzugreifen. Das erweckt berechnete Hoffnungen, löst aber auch legitime Ängste aus. Dafür hat die FDP Verständnis.

Zum erstenmal in der Geschichte sollen freilich Denken und Forschen verboten werden – und dort hört das Verständnis der FDP auf.

2. Bio- und Gentechnologie sind Schlüsseltechnologien von Gegenwart und Zukunft. Sie helfen mit, uns gegenüber den Herausfor-

derungen des nächsten Jahrtausends in den Bereichen Gesundheit, Umweltschutz und Ernährung besser zu behaupten.

Die FDP sagt **Ja** zu Bio- und Gentechnologie und **Nein** zur Genverbots-Initiative.

3. Die FDP hält es für unethisch und verantwortungslos, auf die Anwendung von Ergebnissen aus der Forschung zu verzichten.

Die FDP sagt **Ja** zum Forschungsstandort Schweiz und **Nein** zur Genverbots-Initiative.

4. Der gentechnologischen Forschung sollen Grenzen gesetzt werden. Nicht alles, was machbar ist, soll getan werden; das ist mit Artikel 24^{novies} in der Verfassung heute schon so. For-

schungsprogramme in Bio- und Gentechnologie müssen in Zukunft einer nationalen Ethikkommission vorgelegt werden.

Die FDP sagt **Ja** zu wirksamen Kontrollen und **Nein** zu radikalen Verboten. 5. Dem Wirtschaftsstandort Schweiz müssen Zukunftsperspektiven erhalten bleiben. Ein rohstoffarmes Land kann Wohlstand nur durch eigene Arbeit erhalten.

6. Die FDP steht zur Marktwirtschaft und tritt für die Wahlfreiheit der Konsumenten ein. Wir sind ein Land mit selbstverantwortlichen Einwohnern.

Die FDP sagt **Ja** zur freien Marktwirtschaft und **Nein** zur Bevormundung von Konsumentinnen und Konsumenten.

7. Die Bio- und Gentechnologie – Wissen und Forschen überhaupt – machen nicht an der Schweizer Grenze Halt.

Die FDP sagt deshalb **Ja** zu Kontrollen, **Nein** zu ver-

generell eine Bewilligungspflicht eingeführt.

3. Die Haftpflichtbestimmungen werden verschärft.

4. Durch eine Ausweitung der Deklarationspflicht werden Information und Transparenz ausgeweitet.

5. Die bereits in der Verfassung enthaltenen Begriffe «Würde der Kreatur», «Nachhaltigkeit» und «Artenvielfalt» finden Eingang in die Gesetze und werden darin präzisiert.

Nein zu Verboten, wie sie die Initiative will:

- Verbot transgener Tiere
- Verbot der Freisetzung
- Verbot der Patentierung

Die Forderung, dass die Anwendung gentechnischer Methoden in der Forschung von vornherein den Nachweis von Nutzen und Sicherheit sowie das Fehlen von Alternativen und die ethische Verantwortlichkeit erbringen muss, ist unsinnig.

Was bedeutet das konkret? In der Medizin

■ Die Erforschung der Krankheiten Krebs, Aids, Multiple Sklerose oder Diabetes beruht heute grösstenteils auf der Anwendung transgener Tiermodelle. Die Initiative verbietet diese Tiere und damit diese Forschung in der Schweiz.

■ Ohne Gentechnologie werden in der Forschung wieder wesentlich mehr Tiere für Forschungszwecke gebraucht

■ Von der Initiative nicht betroffen wäre die Einfuhr von Medikamenten aus dem Ausland, die unter Anwendung von Gentech-Forschung an transgenen Tieren entwickelt worden sind.

Für den Forschungs- und Denkplatz Schweiz

■ Die direkten Verbote der Initiative sowie das Erfordernis des Nutznachweises bedeuten praktisch eine Verhinderung der biologischen Grundlagenforschung und der medizinischen Forschung in der Schweiz. Dies würde vor allem unsere Hochschulinstitute und Universitäts-spitäler treffen.

■ Die heutige Spitzenstellung der Schweiz in der biologischen Grundlagenforschung und der medizinischen Forschung in Zukunft wäre nicht zu halten.

■ Rund 500 Forschungsprojekte in der Schweiz und gegen 2000 Forscherinnen und Forscher würden betroffen.

Für den Wirtschaftsstandort Schweiz

Besonders die kleinen und mittleren Betriebe, die im Gegensatz zu den Grossunternehmen an den Standort Schweiz gebunden sind, würden durch die Annahme der Initiative betroffen.

■ Know-how würde abwandern.

■ Die Zulieferfirmen für die Forschung würden in Schwierigkeiten kommen.

■ Die Zahl der auf dem Spiel stehenden heutigen und künftigen Arbeitsplätze wird mit 40 000 beziffert.

■ Jungen Leuten, die an unseren Hochschulen und Fachhochschulen eine gute Ausbildung erhalten, nähme man wichtige Zukunftspers-

Talon

Ja, gerne erhalte ich weitere Unterlagen der FDP Schweiz zur Bio- und Gentechnologie.

..... Ex. Des hier veröffentlichten Thesenpapiers

..... Ex. Der Politischen Rundschau Nr. 4/1997 «Gentechnologie: Kontrolle statt Verbote» Fr. 5.–/Stk.

Bitte senden/faxen/e-mailen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, e-mail: gs@fdp.ch

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Unsere Haltung zur Genverbots-Initiative

Ja zur Kontrolle, wie sie nach geltendem Artikel 24^{novies} in der Verfassung verankert, in verschiedenen Vorschriften im Umweltschutz-, Tierschutz-, Lebensmittel-, Epidemien- und im Landwirtschaftsrecht bereits enthalten und im weiteren Rahmen des Gen-Lex-Programms vorgesehen sind.

1. Eine Ethikkommission gewährleistet, dass ethische Leitplanken in der Forschung eingehalten werden.
2. Für transgene Tiere wird

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

KOLUMNE

Gruss von Micky-Maus



Den Medienschaffenden im allgemeinen und den Linken im besonderen sind Fusionierungen ein Dorn im Auge, Machtkonzentrationen ein Greuel und Megagebilde ein Teufelswerk. Doch die kapitalen Einwände gegen

kapitalistische Auswüchse gelten nicht mehr, wenn es um die eigene journalistische Sache geht.

Jedenfalls sind helle Scharen vielleicht nicht so hell-sichtiger Kolleginnen und Kollegen drauf und dran, die journalistischen Berufsverbände auflösen und in eine Mediengewerk-

schaft überführen zu wollen: zentralistisch, monopolistisch und in der Konsequenz dinosaurisch.

Aber was soll es die weitere Öffentlichkeit interessieren, ob und wie sich die Journalistinnen und Journalisten, die Redaktorinnen und Redaktoren formieren, mit welcher Verschwen-

dung an Zeit und Energie sie sich mehr desorientierend als reformierend in die Haare geraten? Es handelt sich wohl um eine interne Realsatire.

Und dennoch: Es kann den Leserinnen und Lesern von Zeitungen und Zeitschriften, den Hörerinnen und Hörern des Radios und den Zuschauerinnen und Zuschauern des Fernsehens nicht restlos gleichgültig sein, mit welchem beruflichen Selbstverständnis die Medienleute rapportieren und kommentieren.

Es betrifft die Medienkonsumenten eigentlich ganz direkt, wie die inneren Medienverhältnisse gestaltet sind und künftig gestaltet werden sollen.

Damit ist es vielerorts schlecht bestellt. Dass sich als Kehrseite der Pressefreiheit eine jede Journalistin nennen darf und ein jeder Journalist, ist das eine. Dass aber die meisten, die sich eher aus Verlegenheit denn aus Berufung schreibend oder sendend betätigen wollen, tatsächlich ein Medium finden, um sich als selbsternannte «vierte Gewalt» über die erste, zweite und dritte auszulassen, grenzt an schieren Wahnsinn.

Es gibt reihenweise Verleger und Rundfunkveranstalter, die von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lediglich erwarten, dass sie billig und willig sind. Da verkommt die Pressefreiheit zur Farce. Der «Bannwald der Demokratie» verkümmert zum Unterholz für Angsthasen und Duckmäuser.

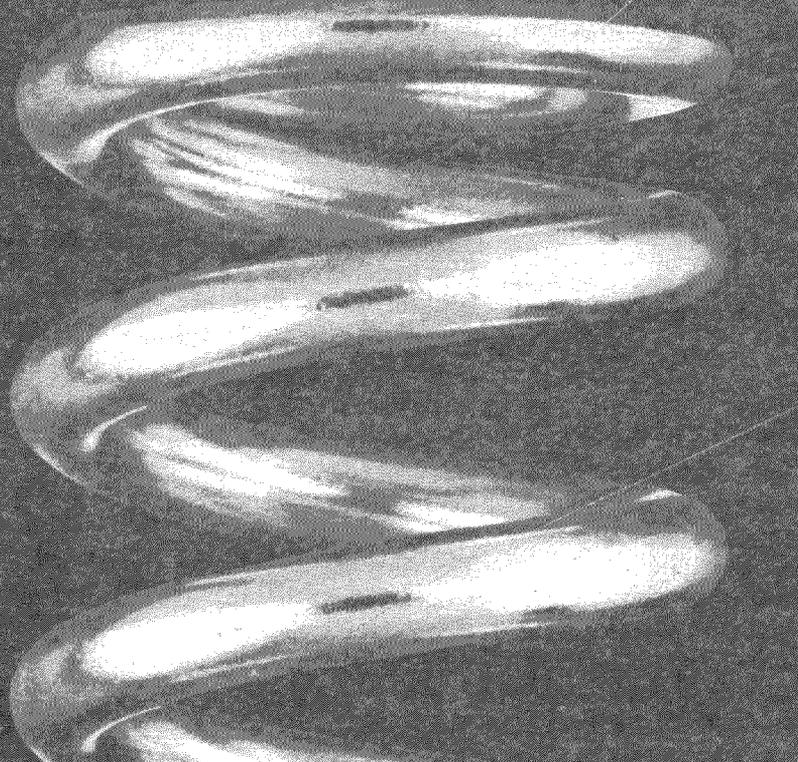
Wenn die einzige Tiefe, die sich die Medien noch leisten, aus tiefen Löhnen besteht, dann übernehmen

übermorgen obdachlose Analphabeten unsere Meinungsbildung. Wer sich heute bereits bei Micky-Maus orientiert, hat vorgesorgt.

Völlig ohne Bedeutung kann also die berufsorganisatorische Weichenstellung nicht sein. Das richtige Ziel ist die Stärkung der Medienleute, nicht der Schutz der Medienmeute. Eine gute Ausbildung und die fachliche Kompetenz müssen gefragt sein. Das gehört zu den selbstverständlichen journalistischen und verlegerischen Ansprüchen. Forderungen einzig und allein an die Adresse der Medienunternehmen genügen nicht. Eine berufliche Interessenvertretung, die auf gleichmacherische Rechte pocht, vergisst die Interessen, auf die es letztlich ankommt: jene des Publikums.

*Alex Bänninger,
Publizist,
Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich*

FEDER FÜHREND



BAUMANN FEDERN AG

Postfach

CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

FORTSETZUNG VON SEITE 7

spektiven in der Schweiz weg.

Deshalb treten wir überzeugt und mit guten Argumenten gegen die Initiative an. Für uns gilt die Devise: Kontrolle statt Verbote: Überwachtes Wachstum statt Stillstand. Wir wollen uns die Zukunft nicht verbauen.

JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ ◉ 5. Sommeruniversität 1998

Rüstzeug für die Politik

In der Woche vom 17. bis zum 21. August 1998 findet in Neuenburg die fünfte Sommeruniversität der FDP und der Jungfreisinnigen statt.

Bereits zum fünftenmal organisiert die FDP eine exklusive Ausbildungswoche für Jugendliche. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen zur Verfügung. An der diesjährigen Sommeruniversität wird der Besuch eines Bundesrates sicher ein einmaliges

Erlebnis für alle Teilnehmenden sein. Die Brücke zwischen den Jugendlichen und den sonst nur aus den Medien bekannten Politikern und Politikerinnen wird sehr schnell geschlagen, und es finden aufschlussreiche und offene Gespräche statt.

Vom 17. bis zum 21. August 1998 wird in Neuenburg die 5. Sommeruniversität durchgeführt. Sie steht wieder allen politisch interessierten Jugendlichen (keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen 18 und 30 Jahren offen. Die Diskussionen und Gespräche finden in zwei

Gruppen – auf französisch und auf deutsch – statt. Es haben sich bereits einige hochkarätige FDP-Persönlichkeiten bereit erklärt, dieses Jahr den Jungen Red und Antwort zu stehen. Ausgewiesene Medienfachleute werden ein Medientraining anbieten (Radio-/Fernseh-Auftritte) und die Arbeit mit den geschriebenen Medien erläutern. Bleibt zu hoffen, dass dieses vielversprechende Angebot von den Jugendlichen genutzt wird.

Telefonische Auskünfte bei Blaise Roulet, Organisator Sommeruniversität, Tel. (031) 320 35 35. ■

Die demagogischen Abwege des SGB

Die 36-Stunden-Woche-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zeigt gut auf, dass der SGB keine Grenze kennt, um seinen demagogischen Kampf zu führen. Entgegen den Äusserungen des SGB-Generalsekretärs hat diese Initiative als Hauptaufgabe, als Druckmittel bei den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern – insbesondere in der Maschinenindustrie –, zu dienen und wird danach wohl zurückgezogen werden.

Die Initiative hat die gegenteilige Wirkung, als sie anstrebt: Sie erhöht die Arbeitskosten, was die Beschäftigung vermindert und zu mehr Arbeitslosigkeit führt. Die Initiative stellt einzig eine weitere Reglementierung eines bereits überreglementierten Bereichs dar und erschwert die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zusätzlich. ■

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Juli 1998 oder nach Vereinbarung zur Besetzung einer 50%-Stelle eine/einen

POLITISCHE SEKRETÄRIN

POLITISCHEN SEKRETÄR

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich mit Fragen in den Bereichen Ausländerpolitik und Migration, Staatspolitik inkl. BV-Reform, Landwirtschafts- und Konsumentenpolitik, Bodenrecht/Raumplanung.

Ihre Tätigkeit umfasst einerseits die Betreuung der entsprechenden Parteigremien und Kommissionen, das Führen der Ausschusssekretariate, das Erstellen von Protokollen, das Verfassen von Arbeitspapieren, Diskussionsgrundlagen, Positionspapieren der Partei sowie die Formulierung der Vernehmlassungsantworten zuhanden der Geschäftsleitung. Andererseits sind Sie mit besonderen Aufgaben betraut wie dem Verfassen von Redetexten, der Entwicklung von Strategiekonzepten und der Informationsbeschaffung. Ihre Aufgabenbereiche verlangen in mancher Hinsicht auch eine enge Zusammenarbeit mit Mitgliedern der FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

Wir setzen ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus (Präferenz: Jurisprudenz), eine rasche Auffassung, die Fähigkeit, in einem Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsorientierung. Sie sprechen auch Französisch und sind nicht nur theoretisch an der eidgenössischen Politik interessiert.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an, (031) 320 35 35.

FDP ◉

**OHNE
GEGENWIND
KEIN
AUFTRIEB.**

SULZER

Technologie schafft Werte

K. 172

HAUSHALTSZIEL 2001  Interview mit Bundesrat Kaspar Villiger

«Sorgenkasse ins Lot bringen»

Am 7. Juni stimmen wir über das Haushaltsziel 2001 ab. Der «Freisinn» befragte FDP-Bundesrat Kaspar Villiger, warum er sich für ein Ja engagiert.

wieder daran erinnert werden.

Dank dem gemeinsamen Ziel haben wir nun eine wichtige Hürde nehmen können.

Jetzt muss der Konsens im Parlament bestehen. Es wäre auch falsch zu glauben, der Aufschwung löse die Probleme von selber. Denn unser Defizit ist strukturell. Das Schlechteste wäre, wenn wir bereits heute Entwarnung gäben. Das wäre ein Signal zur Fortsetzung des Finanzschlendrians. Deshalb ist ein verbindlicher Volksauftrag so wichtig.

FREISINN: WAS SAGEN SIE ZUM ARGUMENT DER SP, DAS HHZ 2001 SEI NICHT NUR ÜBERFLÜSSIG, SONDERN GERADEZU GEFÄHRLICH. WENN NÄMLICH DER STABILISIERUNGSPAKT AUSEINANDERBRECHT, DANN MÜSSTE DER HAUSHALTAUSGLEICH EINSEITIG DURCH AUSGABENKÜRZUNGEN ERREICHT WERDEN.

K. V.: Die Spitzen der wichtigsten Kräfte unseres Lan-

des haben mit ihrem Konsens am runden Tisch bewiesen, dass das HHZ 2001 durchaus sozialverträglich und ohne Rosskur erreicht werden kann. Dass der Verfassungsartikel gefährlich sein soll, ist für mich ein Scheinargument. Denn an der nachhaltigen Sanierung, da geht auch die SP mit mir einig, führt kein Weg vorbei. Und dafür müssen wir die Ausgabendynamik stoppen. Für mich ist aber auch absolut klar, dass eine Sanierung nur auf dem Buckel der sozial Schwächsten gar nicht mehrheitsfähig ist und deshalb nicht zur Diskussion steht. Deshalb haben wir ja nicht nur die Bundeskasse im Auge, sondern die Sicherung der Sozialwerke selber.

Nehmen Sie als Beispiel die krisengeschüttelte Arbeitslosenversicherung. Sie weist jährliche Defizite von zwei bis drei Milliarden aus und belastet deshalb die Bundeskasse massiv. Hier sind sich Sozialpartner, Kantone und Parteien einig,

dass die ALV ins Gleichgewicht gebracht werden muss. Deshalb ist in diesem Bereich die Losung mit den Lohnprozenten so wichtig. Mit einem Mix von Kürzungen und Einnahmen kommt diese Sorgenkasse ins Lot.

FREISINN: BRÖCKELT DER RUNDE TISCH NICHT LANGSAM AB?

K. V.: Nein. Alle haben ihr Wort gegeben, dass sie sich in ihren Kreisen für den gerechten Kompromiss einsetzen. Das gilt auch für mich. Denn ich bin von der Qualität des Konsenspakets überzeugt.

FREISINN: DIE ABSTIMMUNG ÜBER DAS HHZ 2001 KOMMT IN EINER ZEIT DER LEICHTEN WIRTSCHAFTLICHEN ERHOLUNG. BESTEHT NICHT DIE GEFAHR, DASS DIE SPARWUT DES BUNDES DEN AUFschwung ABWÜRGT?

K. V.: Heute bietet sich uns die Chance, den Haushaltsausgleich parallel zum Wirtschaftsaufschwung zu reali-

sieren. Denn bei stark defizitärem Staatshaushalt erwarten alle höhere Steuern. Diese Erwartungshaltung lahm und ist keine Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung. Wenn der Staat heute ein klares Zeichen setzt, dass er seine Finanzen in den Griff bekommen will, dann kehrt auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Zukunft wieder zurück. Und dieses Vertrauen stimuliert den Konsum und die Investitionen. Die Zeichen für einen Aufschwung stehen heute günstig. Deshalb ist die Zeit für den Haushaltsausgleich jetzt richtig.

Unser vorrangiges Ziel ist es, das Ausgabenwachstum zu bremsen. Das Haushaltsziel verpflichtet den Bund in der Verfassung, bis zum Jahr 2001 seinen Haushalt in Ordnung zu bringen. Unabhängig davon wird in einem zweiten Schritt über das Stabilisierungsprogramm entschieden. Es untersteht dem fakultativen Referendum. Dabei ist es selbstverständlich, dass wir

Bundesrat Kaspar Villiger: Ganz und gar nicht. Ohne den vorsorglichen Druck der Vorlage, über die am 7. Juni abgestimmt wird, wäre der Konsens am runden Tisch kaum zustande gekommen. Und auch der Sanierungseffekt nicht. An den Konsensgesprächen war das Ziel des Haushaltsausgleichs zwar nicht bestritten. Allerdings müsste in schwierigen Verhandlungssituationen immer

Systemwechsel

STROM-FORUM 4/98

Haushaltkunden in der Schweiz erhalten heute ihren Strom im Durchschnitt günstiger als in den meisten europäischen Ländern. Strom für Grosskunden dagegen ist in der Schweiz teuer. Deshalb soll die Öffnung des Strommarktes bei den Grosskunden beginnen. Im Gleichschritt mit einer schrittweisen Marktöffnung kann die aufwendige Elektronik zur Messung aller Stromflüsse auf dem frei zugänglichen Stromnetz installiert werden. Mit der Zeit wird dadurch die heutige Stromablesung ersetzt.

Immer mehr Stromkunden...

In den ersten drei Jahren der Marktöffnung sollen die rund 120 Stromkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 20 Mio. kWh Zugang zum Markt erhalten. Die Situation der Grosskunden kann damit verbessert werden, da sie heute im Vergleich zu den Haushaltkunden schlechter gestellt sind. Für ihren Strombezug wählen die Kunden den für sie

besten Lieferanten. Dieser darf den Strom gegen ein Entgelt über das bestehende Netz transportieren.

... können wählen

Nach drei Jahren werden die Verbrauchswerte, die zur Marktberechtigung führen, gesenkt. Zusätzlich sollen die zahlreichen Elektrizitätsver-

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

den Aufschwung nicht abwürgen werden. Notfalls kann das Zieljahr aus konjunkturellen Gründen um zwei Jahre hinausgeschoben werden. Allerdings haben die Defizite der letzten Jahre die Konjunktur auch nicht aus der Talsohle gebracht.

FREISINN: GEGNER ARGUMENTIEREN, DER ZEITRAUM, UM DEN HAUSHALT INS GLEICHGEWICHT ZU BRINGEN, SEI ZU KNAPP BEMESSEN.

K. V.: Wir müssen die anstehenden Probleme jetzt lösen, damit unsere Nachkommen faire Zukunftschancen haben. Mit dem Verschieben des Haushaltsausgleichs wurde die Schuldenspirale angekurbelt. Das bedeutet für die kommenden Generationen noch mehr Schuldzinsen statt staatlicher Leistungen. Schon heute zahlen wir jeden Tag neun Millionen Schuldzinsen. Das ist mehr, als wir für Bildung und Grundlagenforschung ausgeben. So darf es nicht weitergehen.

Der Staat muss sich so verhalten wie eine solide Familie: Er muss vernünftig haushalten. Auf die Dauer darf er nicht mehr ausgeben als einnehmen.

FREISINN: DIE VORLAGE IST LETZTLICH INKONSEQUENT.



FDP-Bundesrat Kaspar Villiger: «Der Ausgleich ist wesentlich mehr als ein theoretisches Stück Buchhaltung.» (Photo ruti)

WIESO WERDEN AUCH IM JAHR 2001 NOCH DEFIZITE AKZEPTIERT?

K. V.: Das Ziel von Bundesrat und Parlament ist es, den Bundeshaushalt bis 2001 ins Lot zu bringen und dann den Haushaltsausgleich mit einer Schuldenbremse abzusichern. Das HHZ akzeptiert im Jahr 2001 ein Defizit in der Höhe von maximal 2 Prozent der Einnahmen. Das ist etwa eine Milliarde Franken, was etwa den Investitionsausgaben des Bundes entspricht. Diese Investitionen dürfen meiner Meinung nach durchaus mit Krediten finanziert werden. Nicht akzeptabel wäre hingegen, die laufenden Konsumausgaben des Bundes weiterhin auf Pump zu täti-

gen. Weiter schafft die «Defizitlücke» von zwei Prozent einen kleinen Spielraum, um negativen konjunkturellen Entwicklungen Rechnung tragen zu können, ohne gleich die Fristen erstrecken zu müssen. Das Haushaltsziel 2001 bereitet den Boden für die Schuldenbremse vor.

FREISINN: DIE ZEITLICH BEFRISTETE VERFASSUNGSÄNDERUNG SPRICHT NUR VOM SPAREN. WARUM WIRD DIE AUSGABENDISZIPLIN DERMASSEN ÜBERGEWICHTET?

K. V.: Der Verfassungsartikel verlangt, dass die Ausgabenüberschüsse im Rahmen bleiben. Ich betone das, weil das Wort «sparen» missverständlich sein kann.

Denn wir bauen nicht ab, sondern bremsen das Ausgabenwachstum. Nach einer langen Zeit mit soliden Bundesfinanzen sind die Defizite in den 90er Jahren förmlich explodiert. Das ist primär auf das Ausgabenwachstum zurückzuführen: die Einnahmen stiegen in dieser Zeit um 22%. Aber sie wurden von den Ausgaben überholt, die sich um 50% erhöhten. Allein die Sozialkosten wuchsen um 95%. Deshalb legen wir unser Schwergewicht auf das Bremsen der Defizitspirale.

Es gibt drei Gründe, weshalb die Ausgabendisziplin so wichtig ist: Erstens sind bereits neue Einnahmen im Umfang von rund vier Milliarden Franken beschlossen oder geplant (das Mehrwertsteuerprozent für die AHV und die befristete Verlängerung des 3. Lohnprozents für die Arbeitslosenkasse). Dazu kommt die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte. Wir dürfen das Fuder nicht überladen. Zweitens sind zu hohe Steuern schlecht für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Auch fordern sie die Steuerhinterziehung und die Schattenwirtschaft. Und drittens ist Schuldenwirtschaft letztlich Leben auf

ZUM THEMA

.....
Denn an der nachhaltigen Sanierung, da geht auch die SP mit mir einig, führt kein Weg vorbei.

.....
Schon heute zahlen wir jeden Tag neun Millionen Schuldzinsen. Das ist mehr, als wir für Bildung und Grundlagenforschung ausgeben.

Pump. Die Zeche dafür zahlt das Volk. Deshalb muss die Politik verbindlich in die Pflicht genommen werden.

FREISINN: WELCHEN STELLENWERT HAT FÜR SIE DIE ABSTIMMUNG VOM 7. JUNI?

K. V.: Ich setze mich sehr engagiert für dieses Ziel ein. Denn der Ausgleich ist wesentlich mehr als ein theoretisches Stück Buchhaltung. Es geht um ein praktisches Stück Schweiz. Nämlich um die Frage, ob wir unseren Handlungsspielraum selber bestimmen können oder ob er von den Schuldzinsen bestimmt wird. Diese Frage geht alle an. Denn nur ein Staat mit gesunden Finanzen ist ein wirtschaftlich und sozial handlungsfähiger Staat. ■

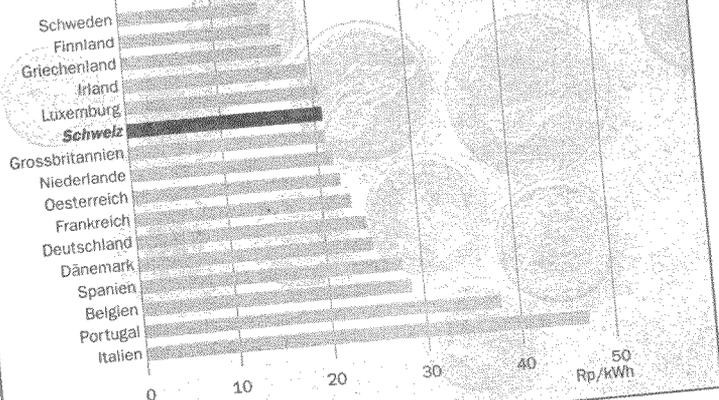
sorgungsgesellschaften einen freien Marktanteil im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe erhalten. So wird der freie Markt Jahr für Jahr grösser.

Systemwechsel heisst neue Technik

Im Markt wird der Strompreis je nach Tageszeit oder Wochentag stündlich stark variieren. Alle Stromflüsse auf dem Netz müssen deshalb erfasst werden. Dazu braucht es aufwendige elektronische Messeinrichtungen.



Heute schon günstiger Strom für Schweizer Haushalte



ATELIER/KE

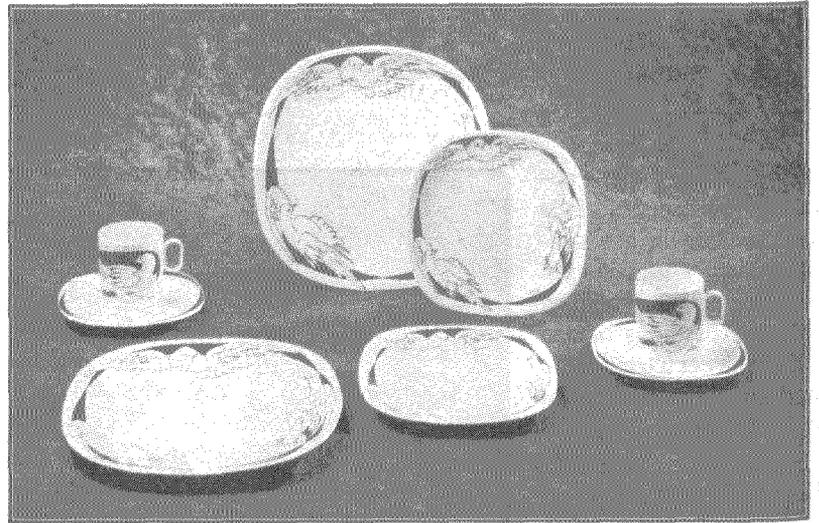
Bon vent, JPD!

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) dankt ihrem abtretenden Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz für die geleisteten Dienste und wünscht ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute. Gleichzeitig begrüsst die FDP Bundesrat Pascal Couchepin in seinem neuen Amt.

Es ist der FDP ein grosses Anliegen, ihrem langjährigen und unermüdlichen Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz für seinen Einsatz für Land und Volk ganz herzlich zu danken. Selten hat ein Bundesrat so viel Profil er-

reicht, wie er das hat. Selten hat ein Bundesrat so verständlich und nachvollziehbar politisiert, wie er das tut. Selten hat ein Bundesrat eine so hohe Popularität erreicht. Ein grosser Staatsmann des Volkes tritt leider ab. Die FDP wünscht ihm für seine Zeit als «capitaine Delamuraz» alles Gute und: Bon vent, JPD!

Gleichzeitig begrüsst die FDP ihren neuen Bundesrat Pascal Couchepin im Amt, wünscht ihm bei der Erfüllung seiner neuen Aufgaben im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) viel Erfolg und sichert ihm ihre Unterstützung zu. ■



EXKLUSIV-BESTELLCOUPON

für das Künstler-Service «Hans Erni»
Spezial-Angebot für FDP-Leser

Ja, senden Sie mir das 8teilige Basis-Set des Künstler-Service «Hans Erni» (2 Teller gross, 2 Teller klein, 2 Tassen/Untertassen) zum Einführungspreis von nur Fr. 199.--, statt später Fr. 229.--, plus Versandkostenanteil Fr. 8.50. (Einmalig pro Haushalt.)

Ich spare somit 30 Franken.

Dazu erhalte ich als FDP-Leser

GRATIS zwei passende Champagner-Gäser mit elegantem Golddekor, entworfen von Hans Erni im Wert von Fr. 30.--.

Volles Rückgaberecht für das unbenutzte Service innerhalb von 30 Tagen.

Ich wünsche eine Rechnung über den Gesamtbetrag.

Ich wünsche zwei bequeme Monatsraten à Fr. 99.50 (Versandkostenanteil mit der 1. Rate). Die vorteilhafte **Ratenzahlung ist ohne Aufpreis.**

Zusammen mit dem Basis-Set erhalte ich weitere Informationen, wie ich mein Künstler-Service «Hans Erni» erweitern und komplettieren kann.

(Bitte in Blockschrift ausfüllen):

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon (tagsüber)

Datum

Unterschrift

Coupon bitte vollständig ausfüllen und einsenden an:

Bradford Editions, Leseraktion FDP

Jöchlerweg 2 • 6340 Baar

Telefon: 041 768 58 88 • Fax: 041 768 59 90

78-105-027.00 / 78-105-027.22

39880

Leserangebot FDP

Hans Erni, einer der bekanntesten Künstler der Schweiz, ist auch heute noch bereit, neue Herausforderungen anzunehmen. Scheinbar unerschöpflich ist seine künstlerische Schaffenskraft. Jetzt hat er in exklusiver Zusammenarbeit mit der Porzellanfabrik Langenthal und Bradford Editions ein einzigartiges Künstler-Service geschaffen, das Sie in unserer Leseraktion jetzt bestellen können.

Exklusives KÜNSTLER-SERVICE



Wer seine Gäste verwöhnen möchte, weiss, wie wichtig ein schön gedeckter Tisch für die besondere Atmosphäre ist. Wenn die besten Freunde zu einem fröhlichen Beisammensein eingeladen sind oder bei einem stillen tête-à-tête, tragen kostbares Porzellan, stilvolle Gläser und dazu passende Accessoires viel zum gemütlichen Rahmen bei.

Überraschen Sie Ihre Gäste mit diesem exquisiten Künstler-Service. Bei uns können Sie jetzt das Basis-Set mit passenden Champagner-Gläsern von Hans Erni bestellen.

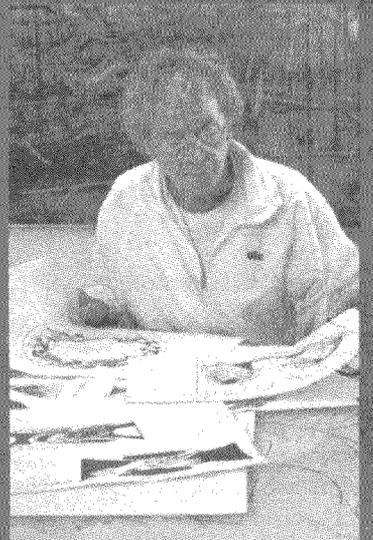
Die tiefblauen Dekors im unverwechselbaren «Erni-Stil» kommen auf dem formschönen

Porzellan vorzüglich zur Geltung. Selbstverständlich ist das kostbare Künstler-Service spülmaschinenfest und von dauerhafter Spitzenqualität. So können Sie sich Tag für Tag daran erfreuen.

Das Steilige Basis-Set mit zwei grossen und zwei kleinen Tellern sowie zwei Tassen mit Untertassen ist für Sie jetzt zum günstigen Einführungs-Preis von nur Fr. 199.-- erhältlich.

Als FDP-Leser erhalten Sie dazu GRATIS zwei passende Champagner-Gläser mit Golddekor als Geschenk. Den Bestellcoupon für dieses Spezialangebot finden Sie auf der Seite nebenan.

Der Künstler Hans Erni mit den Originalentwürfen zu seinem einzigartigen Künstler-Service.



Ihr Geschenk

EUROPA ○ *Wo steht die FDP?*

Eurorealismus statt virtuelle Diskussion

Im Umfeld des Europa-Kongresses der CVP Schweiz sind integrationspolitische Lippenbekenntnisse einmal mehr angesagt. Die Christlichdemokraten geben sich sehr europafreundlich. Doch wer ihre Resolution genau ansieht und die politischen Folgerungen daraus zieht, wird zu einem einfachen Schluss kommen: Diese Position ist nicht neu: Sie schliesst vielmehr an die Politik des Bundesrates und der FDP an.

**FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER**



Guido Schommer

Blenden wir ein Stück zurück: Am 21./22. April 1995 beschliesst die FDP-Delegiertenversammlung in Interlaken in einem richtungweisenden Entscheid, folgende Worte in ihr Positionspapier «Aussenpolitische Grundsätze» aufzunehmen: «Im Mittelpunkt der Europapolitik stehen folgende Postulate: ... Zeitgerechte Analyse der Reaktivierung des EU-Beitritts gesuchtes nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit dem langfristigen strategischen Ziel eines Beitrittes zur EU, entsprechend dem Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren vom 29. 11. 1993.» Punkt.

Die FDP verlangt im selben Papier ebenso deutlich «eine loyale und aktive Unterstützung der bilateralen Verhandlungen». Diese Position galt 1995 und gilt auch heute noch.

Position übernommen

Die CVP äussert sich in ihrer Resolution (1998!) folgendermassen: «Auf dem Weg bis zu einer Volksabstimmung über einen EU-Beitritt haben die Schweiz und Europa Etappenziele zu

erreichen und Hürden zu meistern.

Erste Priorität kommt dabei dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen und der Annahme der Verträge durch das Volk (Referendum) zu.» In der Resolution steht auch: «Die CVP unterstützt einen EU-Beitritt.» Was heisst das nun jenseits von Zielsetzungen in der praktischen Politik der integrationspolitischen Vorgehensweise? Im zeitlichen Ablauf heisst das wohl übereinstimmend folgendes: 1. Bilaterale Verhandlungen erfolgreich zu Ende führen. 2. Bilaterale Verhandlungen durchsetzen. 3. Erfahrungen sammeln. 4. Vorbereiten und Aufnehmen von EU-Beitrittsverhandlungen. 5. Abstimmen über den Beitritt. Dieser Prozess wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Jahre nach dem Bundesrat und

der FDP wird nun also auch die CVP diese Position einnehmen.

Schlechter Moment für virtuelle Europadiskussion

Heute stehen also die bilateralen Verhandlungen zur Diskussion. Wenn dort ein erster Schritt nicht gelingen will, müssen wir noch nicht vom Beitritt reden. Der Fehler von 1992, das Ziel in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen und darob den ersten konkreten Schritt zu gefährden, sollte nicht wiederholt werden. So wird also eine breit angelegte virtuelle Europadiskussion zum jetzigen Zeitpunkt für die innenpolitische Durch-

setzung der bilateralen Verhandlungen eher kontraproduktiv und auch aussenpolitisch kaum hilfreich sein. Bei einem Erfolg der bilateralen Verhandlungen werden wir 1999 möglicherweise ein Referendum haben.

Wenn die bilateralen Verhandlungen scheitern, rückt auch die Beitrittsdiskussion in die Ferne. Zu lösen sind im Rahmen eines Beitrittes nämlich die gleichen Fragen: freier Personenverkehr, Landverkehr, Sozialversicherungen usw., und noch einige schwierige Fragen mehr: Mehrwertsteuer, Euro, direkte Demokratie... Die nächste Zeit bis zur Jahrtausendwende

ZUM THEMA

Jahre nach dem Bundesrat und der FDP wird nun also auch die CVP diese Position einnehmen.

Der Fehler von 1992, das Ziel in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen und darob den ersten konkreten Schritt zu gefährden, sollte nicht wiederholt werden.

Die nächste Zeit bis zur Jahrtausendwende wird also im Zeichen der bilateralen Verhandlungen stehen.

wird also im Zeichen der bilateralen Verhandlungen stehen. Die EU-Beitrittsprofilierungsübung der CVP ist deshalb kaum geeignet, die Zeit bis zu den Wahlen 1999 zu überbrücken.

Kommunikation auf Grund von Fakten

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat sich an ihrer Sitzung vom 17. April 1998 unter anderem mit der Integrationspolitik beschäftigt.

Die FDP-Fraktion setzt sich ein für eine sachliche Auseinandersetzung in der Europapolitik. Die FDP hat den EU-Beitritt bereits an einer Delegiertenversammlung im Frühjahr 1995 als strategisches Ziel bezeichnet.

Gefragt ist in der Integrationsdiskussion endlich eine Kommunikation auf Grund von Fakten statt ein Austausch von blutleeren Beitrittsparolen. An den konkreten Problemen der verschiedenen Integrationschritte kann sich die Schweiz nicht vorbeimo-

gen. Die FDP-Fraktion hat entsprechende Vorstösse für die Sondersession vorbereitet und verlangt vom Bundesrat:

■ Bis Ende 1998 einen aufdatierten Integrationsbericht, der Nutzen und Kosten, Mitentscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Schweiz in der EU, im EWR und im Alleingang aufzeigt. Der Bericht soll auch aufzeigen, welcher Handlungsbedarf in den einzelnen Bereichen besteht, um die Euro-Kompatibilität des schweizerischen Rechtssystems herzustellen und wie diese Anpassungen zeitlich realisierbar sind.

■ Bis Ende 1998 eine umfassende Lagebeurteilung über Stand und Erfolgsaus-

sichten der bilateralen Verhandlungen vorzunehmen. Eine Weiterführung der Verhandlungen ist nur sinnvoll, wenn dann echte Erfolgchancen bestehen. Beurteilt der Bundesrat die Erfolgchancen als ungenügend, soll er aufzeigen, wie und nach welchem Zeitplan er den Integrationsprozess zum Ziel EU-Beitritt weiterführen will.

«Die Leidenschaft der Amazonen»

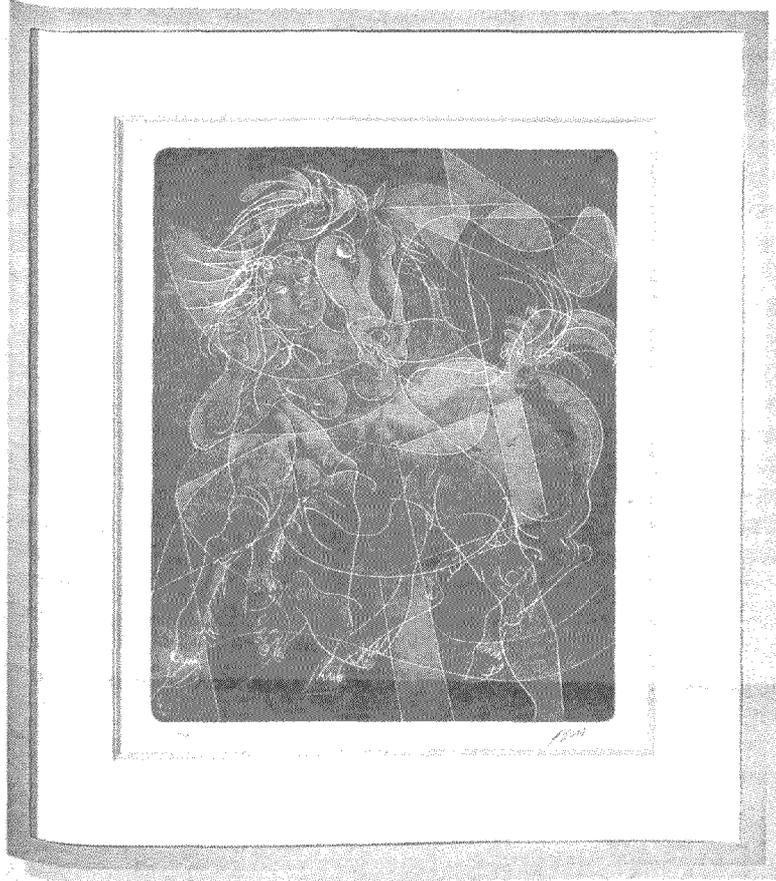
Zwei handsignierte Original-Lithographien von Hans Erni

«Vertrauen»

Reiterin, rot, Werkverzeichnis-Nr. 743

Limitierte und handsignierte Original-Lithographie von Hans Erni

In kühner Pose stellt sich die Amazone schützend vor ihr Pferd. Ein Akt geprägt von Selbstbewusstsein und gegenseitigem Vertrauen; Amazonen riskieren in der griechischen Mythologie ihr eigenes Leben, wenn es im Kampf um die Rettung ihrer Pferde geht.

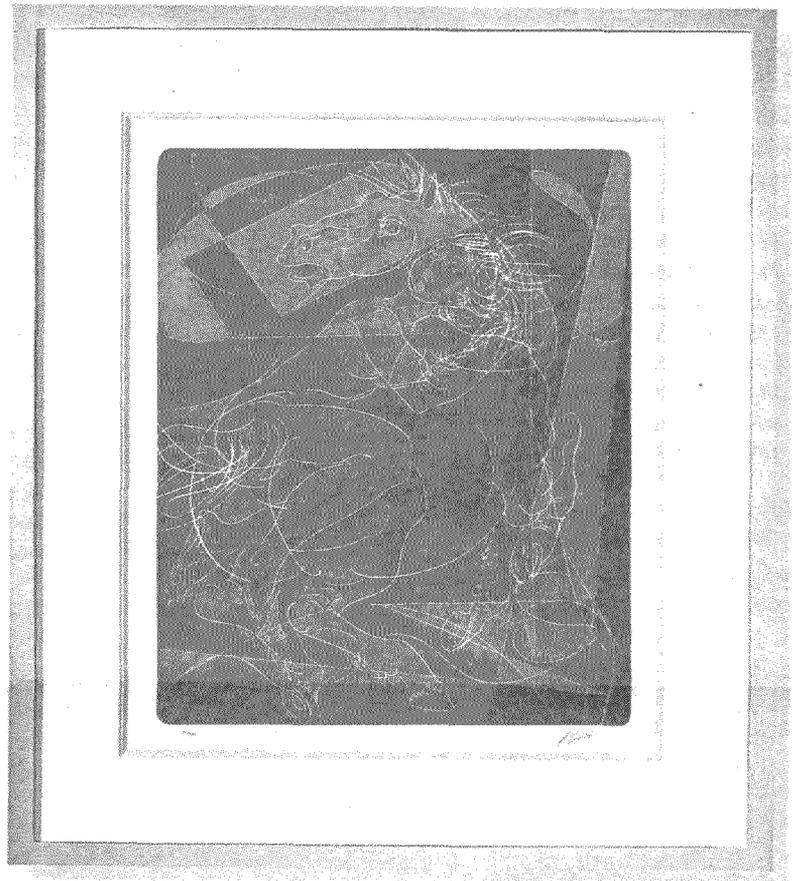


«Einig»

Reiterin, blau, Werkverzeichnis-Nr. 742

Limitierte und handsignierte Original-Lithographie

Hingebungsvoll liegt die Amazone auf dem Rücken ihres Pferdes. Kopf an Kopf als Symbol vereinter Kräfte, verbunden in tief empfundener Freundschaft. Mit der Farbe Blau – für Ruhe, Treue und Empfindsamkeit – beweist der Künstler seine subtile und symbolträchtige Farbwahl.



Die Auflage der beiden Original-Lithographien ist auf nur 150 Exemplare limitiert und numeriert von 1/150 bis 150/150. Jedes Blatt ist von Hans Erni handsigniert und numeriert. Die Lithographien wurden vom Künstler in der renommierten graphischen Anstalt J. E. Wolfensberger in Zürich direkt auf die Steine gezeichnet und auf schweres Rives-Bütten abgezogen. Speziell für die beiden Original-Lithographien hat die Edition Artefides zusammen mit einem kunsthandwerklichen Atelier einen passenden Weissgoldrahmen kreiert: Das Profil wird von Hand mit Blattgold belegt und über Eck gearbeitet, d.h. die Gehrungen sind nicht sichtbar. Dies entspricht höchsten Qualitätskriterien, was nur dank rein handwerklicher Herstellung möglich ist.

Hans Erni hat sich bereit erklärt, auf Wunsch Ihre Original-Lithographie mit einer persönlichen Widmung zu versehen.

Bitte legen Sie dem untenstehenden Bestell-Gutschein ein separates Blatt mit Ihrem Widmungswunsch bei.

Hans Erni hat die beiden Original-Lithographien «Vertrauen» und «Einig» für eine ganz besondere Gelegenheit geschaffen. Anlässlich des 89. Geburtstages des grossen Schweizer Künstlers 1998 kommen die beiden Meisterwerke der Lithographie-Kunst nun erstmals in den Verkauf.

Sichern Sie sich noch heute diese Meisterwerke zu FDP-Vorzugspreisen

Beide Original-Lithographien ungerahmt Fr. 5690.– statt Fr. 6250.–
In echt Weissgoldrahmen Fr. 6950.– statt Fr. 7550.–

Einzelne Original-Lithographie ungerahmt 76 x 56 cm Fr. 2950.– statt Fr. 3250.–
In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet Format gerahmt 91 x 80 cm Fr. 3600.– statt Fr. 3890.–

Bitte hier abtrennen und einschicken an: **Leserangebot FDP Schweiz, Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen**, oder via Fax 01 923 76 57

Bestellung mit Rückgabegarantie

Ja, ich bestelle folgende handsignierte Original-Lithographien von Hans Erni zu FDP-Vorzugspreisen:

- «Vertrauen» ungerahmt Fr. 2950.– statt Fr. 3250.–
- «Vertrauen» gerahmt Fr. 3600.– statt Fr. 3890.–
- «Einig» ungerahmt Fr. 2950.– statt Fr. 3250.–
- «Einig» gerahmt Fr. 3600.– statt Fr. 3890.–

Beide Original-Lithographien zusammen

- ungerahmt Fr. 5690.– statt Fr. 6250.–
- gerahmt Fr. 6950.– statt Fr. 7550.–

(Preise inkl. MWST., zuzüglich Versand- und Versicherungsanteile)

Ich bin an Kunst interessiert. Senden Sie mir kostenlos Ihre Dokumentation.

64 4FDP/5/98 1175

Name _____

Vorname _____

Str./Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ Geb.-Dat. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte hier abtrennen und einschicken an: **Leserangebot FDP Schweiz, Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen**, oder via Fax 01 923 76 57.

Fatale Entwicklung stoppen

Im Interview mit den FDP-Frauen Schweiz erklärt Frau Landammann Kleiner, weshalb der Vorlage vom 7. Juni 1998 «Haushaltsziel 2001» gerade auch aus Sicht der Frauen zuzustimmen ist.



FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner: «Schuldenberge anzuhäufen ist verantwortungslos gegenüber unseren Kindern.» (Photo ruti)

FDP FRAUEN SCHWEIZ
FRAU LANDAMMANN KLEINER
– SIE SIND CO-PRÄSIDENTIN
DES KOMITEES «JA ZUM
HAUSHALTSZIEL 2001».
WARUM DIESER EINSATZ ZU-
GUNSTEN EINER FINANZVOR-
LAGE DES BUNDES?

Frau Landammann Kleiner: 1995 hat das Volk mit überwältigendem Mehr die Ausgabenbremse beschlossen. Trotzdem ist der Schuldenberg seither um nochmals 25 Prozent auf 100 Milliarden Franken angewachsen. Diese fatale Entwicklung muss gestoppt werden, denn sie gefährdet unser aller Wohlstand. Als kantonale Finanzdirektorin habe ich ein vitales Interesse, dass die Haushaltsanierung diesmal gelingt. Es nützt wenig, wenn die Kantone ihre Finanzen unter grössten Anstrengungen in Griff halten, solange der Bund alles fahren lässt. Wir sind ein Staat und müssen unsere Haushalte als ein Ganzes sehen.

RUINÖSE STAATSDEFIZITE,
MASSIVE SCHULDENWIRTSCHAFT – GLAUBEN SIE AN
EINE TRENDWENDE?

Das Vertrauen in den Bund ist durch die aus dem Ruder gelaufenen Finanzen gesunken. Sparpaket, folgt auf Sparpaket, und keiner glaubt mehr daran, dass es umgesetzt werden kann. Ein solcher Staat macht einen liederlichen Eindruck und gibt sich mit der Zeit

der Lächerlichkeit preis. Offensichtlich ist die öffentliche Hand nur unter klarem Zwang in der Lage zu sparen. Darum braucht es jetzt einen Haushaltsartikel; eine Vorschrift, die für einmal in erster Linie Bundesrat, Parlament und Interessenvertreter an die Kandare nimmt. Die wichtigsten politischen Kräfte haben sich am runden Tisch auf ein Sanierungspaket geeinigt. Sie stehen jetzt in der Pflicht, den Versprechungen auch Taten folgen zu lassen. Die Sparbemühungen brauchen endlich Erfolg.

WIE ÜBERZEUGEN SIE DIE
SCHWEIZER BÜRGERINNEN UND
BÜRGER DAVON, DASS UNSERE
SCHULDENWIRTSCHAFT VER-
ANTWORTUNGSLOS UND
HÖCHST UNFAIR GEGENÜBER
UNSEREN KINDERN IST? GE-
LEASTETES AUTO, GEMIETETE
STEREOANLAGE, HYPOTHEKAR-
SCHULDEN UND KLEINKREDIT
SIND JA IN VIELEN FÄLLEN TEIL
EINER PRIVATEN SCHULDEN-
WIRTSCHAFT.

Wenn Entwicklungen derart in die falsche Richtung laufen, müssen sie gewendet werden. Je länger man falsche Trends zulässt, desto schwerwiegender sind die Folgen und um so

schmerzhafter ist die Trendwende. Das ist übrigens in jedem Lebensbereich so. Schuldenberge anzuhäufen ist verantwortungslos gegenüber unseren Kindern. Keine Mutter, kein Vater würde ohne grosse Not so handeln. Immerhin können Kinder aber die private Erbschaft von ihren Eltern ausschlagen. Im Staat geht das nicht.

SCHULD AN DER MISERE SIND
DIE AUSGABEN. DARF SICH
NACH EINEM JA ZUM HAUS-
HALTSZIEL DER STAAT NICHTS
MHR LEISTEN. ES GIBT DOCH
LAUFEND NEUE AUFGABEN.

Ausgaben wachsen nicht nur beim Staat ungebremst, wenn man es zulässt. Die Wünsche gehen der Menschheit noch nicht so schnell aus. Wir müssen ler-

nen, das Wünschbare vom Notwendigen zu unterscheiden. Wenn neue Aufgaben angepackt werden sollen, müssen alte aufgegeben werden. Bei sanierten Finanzen könnten schon mit den nicht mehr anfallenden Schuldzinsen neue Aufgaben finanziert werden. Das wären immerhin 3,4 Milliarden Franken, die jedes Jahr zur Verfügung stehen würden.

BRINGT DIE ZUNEHMENDE VER-
KNÜPFUNG DER SOZIAL- UND
FINANZPOLITIK NICHT GERADE
BÜRGERLICHE FRAUEN IN EIN
DILEMMA? ICH DENKE AN DIE
MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG
ODER AN DIE FINANZIERUNG
DER AHV.

Ich bin für die Mutterschaftsversicherung. Aber nicht wieder einfach zusätz-

lich, sondern anstatt. Wir sollten einen Weg finden, wie die paar Lohn- und Mehrwertsteuerpromille bei einer anderen Versicherung eingespart werden können, zum Beispiel bei der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung oder bei der Erwerbsersatzordnung.

Bei der AHV spielt die demographische Entwicklung die Hauptrolle. Immer weniger Erwerbstätigen stehen immer mehr Rentnerinnen und Rentner gegenüber. Auch dort wird man um sinnvolle Verzichte nicht herumkommen. Gerade Frauen wissen sehr genau, dass niemand ungestraft auf Dauer mehr ausgeben kann, als eingenommen wird.

*Das Interview führte
 Brigitte Kaufmann-Arn,
 Uttwil*

Die neue FDP-Vizepräsidentin: Marianne Kleiner-Schlöpfer

Geboren 1947, aufgewachsen in Herisau, Primar- und Sekundarschule in Herisau, Kantonsschule St. Gallen, Abschluss mit Wirtschaftsmatura.

1966: Heirat mit Peter Kleiner.

1967, 1968: Geburt von Bettina und Niklaus. Bis 1976: Hausfrau und Mutter, danach zusätzlich Studium und Berufstätigkeit.

BERUFLICHER WERDEGANG

1976–79: Studium in Zürich, Abschluss als dipl. Psychologin.

1979–80: Aufbau des Bereichs «Auswahl von Führungskräften» am Institut für Betriebswirtschaft an der Hochschule St. Gallen (HSG), damals unter gemeinsamer Leitung mit Management Zentrum St. Gallen (HfB/MZSG).

1980–1994: Dozentin und Projektleiterin am Management Zentrum St. Gallen, einem international tätigen Schulungs- und Beratungsunternehmen. Projekte im In- und Ausland. Berufsbegleitete Ausbildung zur Gesprächs-Psychotherapeutin (Zertifizierung 1984).

Ab 1981: Zusätzlich eigene Schulungsprojekte an mehreren Kantonsspitalern in der Schweiz. Schwerpunkte der Beratungs- und Schulungstätigkeit: Führungsverhalten, Kommunikation, Konfliktbewältigung, Selbstmanagement, Arbeiten im Team, Motivation.

Februar 1994: Offizieller Beitritt zur FDP.
 April 1994: Wahl zur Regierungsrätin (Finanzdirektion) des Kantons Appenzell A.-Rh.

April 1997: An der Landsgemeinde Wahl zur Frau Landammann des Kantons A.-Rh.

April 1998: Wahl zur Vizepräsidentin der FDP Schweiz.

VEREINE UND KOMMISSIONEN

1988: Mitglied der Stiftung Dorfbild Herisau.

1993: Mitglied der vom Regierungsrat eingesetzten Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann.

1993: Präsidentin des neuen Haus- und Krankenpflegevereins Herisau (Spitex-Dienste).

Grosser Erfolg für FDP Bern

Bei den Regierungs- und Grossratswahlen vom 19. April 1998 konnte die FDP Bern einen bemerkenswerten Sieg verbuchen: Mit Dora Andres wurde die Kandidatin der FDP für einen frei werdenden Sitz glanzvoll gewählt, Mario Annoni wurde mit einem sehr guten Resultat im Amt bestätigt. Noch erfolgreicher gestaltete die FDP Bern die Grossratswahlen. Sie gewann drei Sitze hinzu.

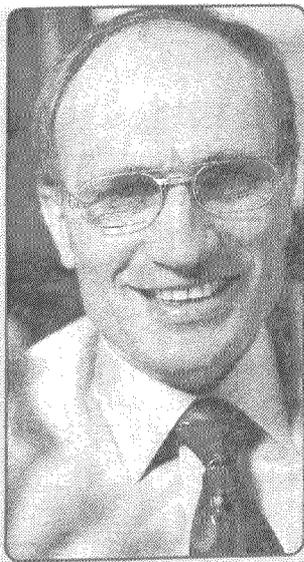
GUS. Die grosse Gruppe der freisinnigen Regierungsrätinnen erhält schon wieder Zuwachs. Nur wenige Wochen nach der Glarnerin Marianne Dürst-Kundert verstärkt nun Dora Andres die nunmehr 41-köpfige Gruppe. Dora Andres verzeichnete mit rund 93 000 Stimmen einen

grossen Abstand von rund 3000 Stimmen auf die nächste Nichtgewählte. Regierungsrat Mario Annoni erreichte mit 118 440 Stimmen gar die zweithöchste Zahl.

Erfolg auch im Parlament

Dass die FDP bei Exekutivwahlen gut bis sehr gut abschneidet, ist bekannt. Bei Parlamentswahlen bekundete sie im letzten Jahr jedoch etwas Mühe und musste kleinere Verluste oder Stagnation hinnehmen. Doch der Kanton Bern könnte hier die Trendwende einleiten: Der Wähleranteil der FDP stieg, sie konnte per saldo drei Sitze zulegen.

Die FDP Schweiz gratuliert der FDP Bern zu diesen glanzvollen Erfolgen. Hoffen wir, dass sich dieser Frühjahrschwung auch in andern Kantonen, wo Wahlen anstehen, zum Tragen kommt! ■



Sie wurden in den Regierungsrat gewählt: Dora Andres... und Mario Annoni.

Freisinn-Wettbewerb

Diesen Monat verzichtet der «Freisinn» aus Platzgründen auf die Durchführung des traditionellen Wettbewerbs. Wir bitten um Ihr Verständnis.

ARBEITSPLÄTZE ◉ Tagung am 1. Oktober 1998 in Zürich

Umbruch zum Aufbruch

Am 1. Oktober 1998 findet eine Veranstaltung der FDP Schweiz zur Thematik «Technologie verändert Arbeitsplätze» im Zürcher Technopark statt. Merken Sie sich bereits jetzt das Datum vor.

Welchen Typus Arbeitsplätze schaffen neue Technologien? Vermag die Informationsgesellschaft mit neu geschaffenen Arbeits-

plätzen die abgebauten Stellen der Industriegesellschaft zu kompensieren?

Wissenschaft und Gesellschaft sind mit neuen Spannungen konfrontiert, wenn der soziale Frieden in Frage gestellt wird. Die Verteilungskämpfe werden härter und laufen mehr und mehr auf Konfrontation statt Zusammenarbeit hinaus.

Welche Arbeitsplätze braucht die Schweiz? Welche Rolle spielen Qualifika-

tionen und Wertschöpfungen in diesem Umwandlungsprozess? Welche Bedingungen müssen erfüllt werden, damit in der Schweiz neue Unternehmen entstehen oder angesiedelt werden können?

Antworten auf diese und ähnliche Fragen soll die Tagung am 1. Oktober 1998 im Zürcher Technopark suchen und diskutieren. ■

TERMINE

Mai

- 15. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 29. Vorsektionale Fraktionssitzung

Juni

- 7. Eidgenössische Abstimmung
- 8.–26. Sommersession
- 11. Geschäftsleitung
- 17. Fraktionsausflug

Juli

- 7. Generalversammlung Presseverband (ganzer Tag)

August

- 11. Presseverband
- 14. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat (Delémont)
- 15. a. o. Delegiertenversammlung
- 17.–21. Sommeruniversität
- 29. Präsidentenkonferenz (Kantonalpräsidenten und Ortsparteipräsidenten)

September

- 21.9.–9.10. Herbstsession
- 4. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 11./12. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 22. Wirtschaftsmeeting
- 24. Geschäftsleitung
- 27. Eidgenössische Abstimmung

Oktober

- 13. Presseverband
- 23. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 24. a. o. Delegiertenversammlung (Neuchâtel)

Mogelpackung Mutter- schaftsversicherung

Der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK) unter dem Präsidium von Anton Cottier ist offenbar jedes Mittel recht, die Mutterschaftsversicherung auf kaltem Weg ohne obligatorische Volksabstimmung einzuführen. Deshalb soll die Finanzierung vorläufig weder über die Mehrwertsteuer noch über Lohnprozente, sondern aus überschüssigen Mitteln des Erwerbsersatzfonds erfolgen. Über die längerfristige Finanzierung soll dann erst später im Rahmen einer obligatorischen Volksabstimmung über die 11. AHV-Revision entschieden werden.

Ich persönliche halte dieses Vorgehen für absolut inakzeptabel, zumal die längst fällige und von beiden Parlamentskammern wiederholt geforderte Revision der Erwerbsersatzordnung zur Besserstellung der Militärdienstleistenden nach wie vor auf sich warten lässt. Vorläufig bleibt nur zu hoffen, dass der Ständerat dieses unredliche Spiel nicht mitmacht und auf die Mutterschaftsvorlage der SGK erst eintritt, wenn auch eine Vorlage zur Revision der Erwerbsersatzordnung auf dem Tisch des Hauses liegt.

Dass sich niemand findet, der gegen einen Parla-

mentsbeschluss zur Mutterschaftsversicherung gemäss den Anträgen der Kommission Cottier das Referendum ergreift, könnte sich andernfalls leicht als Irrtum erweisen. Dass es auch in der FDP-Fraktion Leute geben soll, welche diese von der SP und der CVP erfundene Mogelpackung unterstützen wollen, habe ich mit Verwunderung zur Kenntnis genommen.

*Hans-Peter Lenherr
Regierungsrat,
Militärdirektor des
Kantons Schaffhausen*

Tod des «Nebelspalter»

Im Zusammenhang mit dem Tod des «Nebelspalter» sollte man noch auf einen wenig bekannten Umstand hinweisen. Der legendäre «Bö» war zwar der Chefredaktor, ohne den Rückhalt durch den Verleger hätte er aber in den Jahren 1933–45 seine gegen das nationalsozialistische Deutschland nicht durchziehen können. Beim Verle-

ger handelte es sich nun um einen prominenten freisinnigen Politiker. Dies ist nicht unwichtig, weil ja vor einiger Zeit eine historisch unbedarfte SP-Bundesrätin glaubte, die These verbreiten zu müssen, dass allein die Linke für Widerstand, die Bürgerlichen dagegen für Anpassung ans Dritte Reich eingestanden seien.

Martin Knoepfel, Zürich

Was meinen Sie? Was meinen Sie?
Was meinen Sie?
 Haben Sie sich gefreut, geärgert?
Schreiben Sie uns!
 Unsere Adresse:
 Redaktion «Der Freisinn», FDP Schweiz
 Postfach 6136, 3001 Bern

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:
 E-Mail: gs@fdp-prd.ch
<http://www.fdp.ch>

FDP-Newsletter jetzt abonnieren!

Haben Sie eine E-Mail-Adresse?

Wollen Sie über die Politik der FDP Schweiz regelmässig und gratis informiert werden?

Mit dem neuen Newsletter der FDP Schweiz ist dies ohne weiteres möglich. Auf der Homepage der FDP Schweiz (<http://www.fdp-prd.ch>) oder mit diesem Formular können Sie den Newsletter auf deutsch oder französisch abonnieren und erhalten per E-Mail aktuelle Stellungnahmen zur Tagespolitik und Hinweise auf neue Angebote auf der Web-Site der FDP Schweiz zugesandt.

Damit kennen Sie den Standpunkt der FDP, noch bevor Sie in den Medien davon etwas erfahren.

Name: _____ Vorname: _____

E-Mail-Adresse: _____

Sprache: Deutsch Französisch

Bitte am Empfang abgeben oder an FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, e-mail: pressechef@fdp.ch



UmwerbunGEN der Stimmbürger

Karikatur Andreas Töns

Im Orient-Express: Transsibirische Eisenbahn

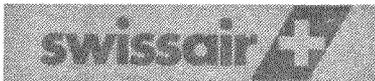
R12.53.4

MOSKAU
МОСКВА

北京
PEKING

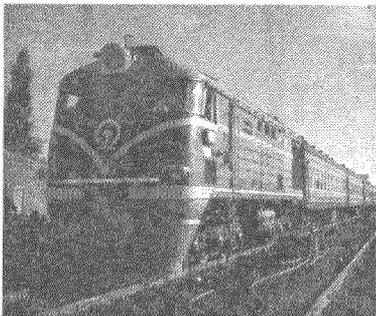


Peking – Mongolei – Moskau



Eine Traumreise über die Transsibirische Eisenbahn und quer durch die Mongolei: Abenteuer, Komfort, Kultur, herrliche Naturlandschaften und Begegnungen mit Menschen anderer Kulturkreise – diese Reise im nostalgischen Russian Orient-Express wird zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Reisedatum 1998
29. Juli - 13. August



Russian Orient-Express Chinesischer 1. Klasszug

Auf der Strecke zwischen Moskau und Peking bieten wir in beiden Zügen komfortable Kabinen, gute Unterhaltungsmöglichkeiten und vorzüglich zubereitete Speisen aus den jeweiligen Gebieten an. Lokale Reiseführer informieren über Geografie, Geschichte, Kultur, Sprache, Religion und Wirtschaft der bereisten Regionen.

Weitere Daten zum Normalpreis Moskau - Peking

14.06. - 28.06. 26.07. - 09.08.
23.08. - 06.09.

Unsere Leistungen

- Eisenbahnfahrt mit Vollpension
- Flug mit Swissair
- Alle Ausflüge / Reiseleitung
- Anschlussbillett 1. Klasse
- Bei Variante Grand-Confort 2 Abteile mit Verbindungstüre, ausser China für eine Nacht nur 1 Abteil, Betten übereinander im «Chinesischen 1. Klasszug»

Nicht inbegriffen

- Visakosten ca. Fr. 210.-
- Getränke, Versicherungen

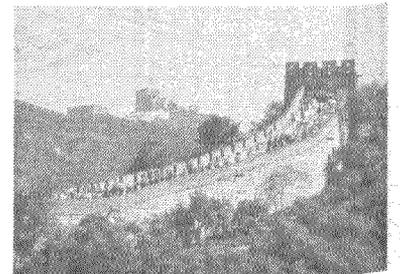
Preise (pro Person in Fr.) Normal Neu

Äusserstes Doppelabteil, Betten übereinander, mit Lavabo	6480.-	4980.-
Doppelabteil, mit Betten übereinander (nicht äusserstes)	6770.-	5270.-
Zuschläge		
Grand-Confort, 2 untere Betten in 2 Abteilen mit Verbindungstüre		1590.-
Einzelabteil und Einzelzimmer		1890.-



1. Tag **Zürich – Peking**
Individuelle Anreise nach Zürich. Flug mit Swissair nach Peking.
2. Tag **Peking**
Stadtrundfahrt mit Lunch und Abendessen.
3. Tag **Peking**
Besichtigung der «Verbotenen Stadt» und Tian-Men-Platz. Nachmittags Besuch des Himmelstempels. Abendessen mit anschliessender Akrobatikshow.
4. Tag **Peking**
Ganztägiger Ausflug zum Peking Zoo und Besuch des Sommerpalasts.
5. Tag **Peking**
Besuch des Lamatempels und der Antiquitätenstrasse Liulichang.
6. Tag **Peking - Kangzhuang - Erlian**
Ausflug zu den Ming-Gräbern und zur Grossen Mauer. Nachtessen und Übernachtung im Chinesischen 1. Klasszug.
7. Tag **Erlian**
Nach einem Rundgang in der pulsierenden Grenzstadt steigen Sie in den «Nostalgie Orient-Express» um.
8. Tag **Ulan Bator**
Stadtrundfahrt in der mongolischen Hauptstadt. Besichtigung des buddhistischen Klosters Gandan. Busfahrt durch weitgehend unberührte Landschaft der Region um Ulan Bator.

9. Tag **Ulan Ude**
Stadtbesichtigung der Hauptstadt der Burjatischen Republik, an der sogenannten Teestrasse zwischen China, Russland und der Mongolei.
10. Tag **Baikalsee**
In Port Baikal beginnt der Ausflug zur «Perle Sibiriens», dem tiefsten Süßwassersee der Welt (1620 m tief).
11. Tag **Irkutsk**
Stadtrundfahrt durch Irkutsk.
12. Tag **Im Zug**
Fahrt durch die Taiga.
13. Tag **Novosibirsk**
Stadtrundfahrt durch die grösste Stadt Sibiriens
14. Tag **Im Zug**
1777 km vor Moskau Passieren der geographischen Grenze zwischen Asien und Europa.
15. Tag **Jaroslavl**
Stadtrundfahrt durch Jaroslavl. Am Abend nimmt der «Nostalgie Orient-Express» die restlichen 282 km bis Moskau unter die Räder.
16. Tag **Moskau**
Stadtrundfahrt mit Besichtigung u.a. des Roten Platzes, des Kremels und der Basilikathedrale. Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Zürich. Individuelle Heimreise.



Informationen/Buchen: Telefon 071 626 85 85

reisebüro
mittelthurgau



Postfach 183 • 8570 Weinfelden
Telefax 071 622 34 07
e-mail: info@rmt.ch, internet: www.rmt.ch

Winterthur • Amriswil • St. Gallen • Frauenfeld • Eschlikon • Kreuzlingen • Einsiedeln • Basel